großen Wert darauf gelegt hat, der Angeschuldigte hat dies aber durch Zeugen belegt und geglaubt, darin einen wesentlichen Mangel erblicken zu müssen. Zuletzt haben wir uns der Tatsache nicht verschließen können, daß die Herbeischaffung von sachverständigen Gutachten über die Urheberschaft des anonymen Briefes durch den Ankläger unmöglich für einen Ausschluß Pappenheims genügen kann. Der parteigenössische Landrat ist selbstverständlich vom besten Willen erfüllt gewesen, als er sich um die sachverständigen Gutachten kümmerte, denn es ging nicht nur um seine Ehre, sondern um die eines hohen preußischen Staatsbeamten. Bei aller Berechtigung dieses Selbstschutzes können wir aber die von ihm angewandten Mittel nicht als stichhaltiges Material gegenüber dem Angeschuldigten ansehen. Wir waren übereinstimmend der Auffassung, daß es bisher in sämtlichen Instanzen versäumt worden ist, von neutraler Seite ein sachverständiges Gutachten einzuholen. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Kampfmittel des anonymen Briefes infam ist, halten aber den bei der Schwere des Vorwurfs selbstverständlich notwendig einwandfreien Beweis nicht für geliefert. Das Verfahren hat erhebliche Mängel, so daß die Beschwerdekommission einstimmig zu der Entscheidung gekommen ist, daß sie wegen fehlerhaften und mangelhaften, statutenwidrigen Verfahrens dem Parteitag empfiehlt, der Berufung Pappenheims gegen seinen Ausschluß aus der Partei stattzugeben und den Ausschluß aufzuheben.

Der Parteitag beschließt dementsprechend.

Vorsitzender **Wels**: Wir kommen zu **Punkt 5 des Tagesordnung**:

„Das Parteiprogramm".

Hierzu sind noch folgende zwei Anträge eingegangen, die vor der Abstimmung nicht mehr gedruckt werden können.

Antrag Biedermann und Genossen:

Wir beantragen, in Absatz 2 „Wirtschaftspolitik" hinzuzufügen, nach „dienen" Banken und andere Geldinstitute" und in Absatz 3 nach Interessengemeinschaften" „Banken" hinzuzufügen.

Antrag Wurm und Genossen: Antrag zum Programm Sozialpolitik zweiter Absatz zweiter Satz

vor „Recht" ist zu setzen „gleiches" (Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit).

Hilferding-Berlin: Das ungeheure Geschehen des letzten Jahrzehnts hat nicht nur zu einer neuen Staatenordnung geführt, sondern auch zu einer grundlegenden Umgestaltung der Machtverhältnisse der Klassen in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Im Lauf der Revolution hat uns die Flut der Entwicklung hinaufgetragen. Wir wurden gehoben zum Teil, zum Teil waren wir selbst Träger der Entwicklung und versuchen nunmehr, die Fluten zu meistern. Daraus entsteht für die Sozialdemokratie das Bedürfnis, ihr Programm, ihre Grundsätze und ihre Forderungen zu überprüfen. Wir sehen deshalb in allen Ländern das Bedürfnis nach einem neuen Programm. Dieselbe Entwicklung, die uns hinaufgetragen hat, war aber für die Theorie, für die wissenschaftliche Erforschung der neuen Probleme weniger günstig. Unter den Waffen schweigen nicht nur die Künste, sondern es fehlt auch die Zeit zu theoretischer Zusammenfassung der historischen Ereignisse. Andere sozialistische Parteien haben Kommissionen für die einzelnen Fragen eingesetzt und ihnen Zeit zu längerer Prüfung gelassen. Wir aber verlangen von diesem Parteitag bereits die Verabschiedung des neuen Programms, weil wir in einer besonderen Zwangslage sind. Der eine Teil der Partei hatte sich in Görlitz ein neues Programm gegeben, während der andere noch an dem alten Erfurter Programm festgehalten hatte. Der Nürnberger Parteitag hat nur ein kurz zusammengefaßtes Aktionsprogramm beschlossen, das uns heute ungenügend und unvollständig

erscheinen muß. Wir haben also heute überhaupt kein Programm, das für die Gesamtpartei gilt.

Wir sind heute in einer andern Lage als in Erfurt. Damals hatte eine jahrzehntelange theoretische Arbeit erst eine wirkliche marxistische Schule in Deutschland, vor allem aber auch in den andern Ländern herangebildet, die in grundlegender Weise die älteren sozialistischen Ideologien ebenso zurückdrängen konnte wie die bürgerlichen Auffassungen, die in den Arbeiterkreisen noch Wurzel hatten. Das Erfurter Programm konnte nach dieser jahrzehntelangen Diskussion als Gesamtauffassung der deutschen Sozialdemokratie festgelegt werden.

Trotzdem ist die vorliegende Arbeit der Programmkommission nicht als eine solche zu bezeichnen, die nur dem Bedürfnis der Stunde genügt und nicht Bestand hat. Was wir in dem grundsätzlichen Teil festgelegt haben, ist vielmehr heute Gemeingut der Anschauung der Partei und jedes ihrer Mitglieder, wobei es ganz selbstverständlich ist, daß im Parteiprogramm nicht Wünsche einzelner und besonderer Richtungen berücksichtigt werden können, sondern nur das festgelegt werden kann, was wirklich allen Parteigenossen, allen Sozialisten nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Internationale als gemeinsame theoretische Ueberzeugung sich aufdrängen muß.

Wir konnten diese Arbeit in der Programmkommission um so eher leisten, als uns der Schöpfer des Erfurter Programms, Karl Kautsky, einen Entwurf als Grundlage für unsere Arbeiten gegeben hat, dem wir im großen und ganzen folgen konnten. Ich darf auch an dieser Stelle Kautsky im Namen der Programmkommission und wohl auch des ganzen Parteitags unsern Dank aussprechen. (Bravo!)

Zunächst lassen Sie mich sagen, in welcher Richtung wir auch nach Verabschiedung dieses Programms die Arbeit für die Ausgestaltung und Vertiefung unserer programmatischen Anschauungen werden fortsetzen müssen. Nach dem Geschehen des letzten Jahrzehnts wird diese Fortarbeit durch zwei Grundtatsachen bestimmt werden. Nach der Revolution war die Arbeiterklasse in allen Ländern, wo sie die Macht ganz oder zu einem wesentlichen Teil inne hatte, vorübergehend vor die Frage der Verwirklichung des Sozialismus gestellt. Diese Situation hat uns neue und fruchbare Erkenntnisse vermittelt. Wie hat sich nun die Stellung zu diesen Fragen der Verwirklichung des Sozialismus, die man mit einem etwas weiten und nicht ganz festen Begriff als Sozialisierung bezeichnet, gestaltet? Zunächst mußten wir abrücken und sind abgerückt von jener alten Anschauung des Staatssozialismus, die noch bei einem großen Teil von uns eine Rolle gespielt hatte. Es trat für uns die Erkenntnis in den Vordergrund, daß der Prozeß der Sozialisierung nur geleitet werden kann, wenn er zugleich ein Prozeß der wirtschaftlichen Demokratisierung ist. In schärfstem Gegensatz zu der Anschauung, daß etwa eine Staatsbureaukratie die Wirtschaft leiten könnte, kamen wir zu der Auffassung, daß die Leitung der Wirtschaft Sache der Produzenten selbst sein müsse, aber das Produzenteninteresse nicht allein als partikularisches Interesse entscheiden dürfe, sondern sein Gegengewicht in der Kontrolle der Konsumenten und der Gemeinschaft — der sozialistischen Gesellschaft im letzten Stadium, des Vertreters des Staates in der Uebergangszeit — finden müsse. So kamen wir zu jener Konstruktion der Gemeinschaftskörper, die die großen konzentrierten kapitalistischen Produktionszweige vor allem auf dem Gebiet der Rohstoffgewinnung, der Energieerzeugung usw. zu ersetzen hätten, und von Vertretern der Produzenten, der Konsumenten und des demokratischen Staates geleitet werden sollten.

Mit dem Problem der Sozialisierung drängte sich uns also das Problem der Wirtschaftsdemokratie auf und setzte unsere Auffassung von Sozialismus sofort in schärfsten Gegensatz nicht nur zum Staatssozialismus, der in einzelnen

Konzeptionen vorhanden war, sondern auch zu jenem Sozialismus der Despotie, wie ihn die Bolschewiki in Rußland zu verwirklichen trachten. Untrennbar vom Begriff des Sozialismus war für uns also der Begriff der Demokratie, der Freiheit. Damit war aber auch der schärfste Gegensatz gegeben zum Bolschewismus — schon in dem eigentlichsten Kernpunkt der Theorie, in der grundlegenden sozialistischen Auffassung.

Diese Auffassung von der Notwendigkeit der Wirtschaftsdemokratie hat dann unmittelbar zur Folge gehabt, daß wir das System der Wirtschaftsräte, aufsteigend von den Betriebsräten als eine unerläßliche Bedingung der Neuorganisation der Wirtschaft begriffen haben. Dadurch sind wir sofort mit den Gewerkschaften in dieselbe Linie gekommen, denen die neuen Aufgaben ebenfalls ein neues Ziel gegeben haben. Während die Gewerkschaften in der früheren Periode notwendigerweise vor allen Dingen Organisationen der Anpassung der Arbeitsverhältnisse an das kapitalistische System waren, die durch den Kampf für bessere Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit die Ausbeutung zu verringern trachteten, drängte sich in dieser Situation den Gewerkschaften aus ihrem täglichen gewerkschaftlichen Kampf heraus das sozialistische Ziel der Wirtschaftsdemokratie und der Neuorganisation der Wirtschaft von selbst auf und verband sie mit uns in einem wahrhaft sozialistischen Geist.

Das war unabhängig von einer theoretischen Konzeption der Gewerkschaften, das ergab sich jetzt als notwendige Folgerung aus den Tageskämpfen. Es ist interessant, daß in dieser Periode trotz aller Trennung durch Politik und Weltanschauung, die die christlichen Gewerkschaften abhielt, die notwendige Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu verwirklichen, sich auch den christlichen Gewerkschaften dieses sozialistische Ziel aufdrängen mußte. Für uns als Partei ist deshalb heute unser Verhältnis zu den freien Gewerkschaften ganz anders konsolidiert. Wenn es heute die alten Differenzen, die wir früher auf den Parteitagen mit den Gewerkschaften auszutragen hatten, nicht mehr gibt, so deswegen, weil der Sozialismus sich der Wirklichkeit genähert hat, und die Gewerkschaften dadurch mit sozialistischem Geist erfüllt sind.

Ich möchte hier eine Angelegenheit erledigen, der ich keine besondere Bedeutung zumesse. Es ist ein Brief des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Parteivorstand gelangt, in dem gegen zwei Sätze des ursprünglichen Programmentwurfs Einspruch erhoben wird. Der Gewerkschaftsbund wünscht einmal, daß im Programm noch deutlicher zum Ausdruck kommt, daß der Kampf der Arbeiterklasse nicht nur ein politischer, sondern auch ein ökonomischer sei — ein Wunsch, dem wir ohne weiteres Rechnung tragen konnten. Der zweite Einwand war der, daß wir im Entwurf gesagt hatten: den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, den politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Kampf zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Die Gewerkschaften haben gewünscht, daß sie in diesem Zusammenhange nicht genannt werden; sie befürchteten, daß dadurch insofern Mißverständnisse entstehen könnten, als ob die Partei analog der kommunistischen Internationale eine Art Oberleitung oder Bevormundung der Gewerkschaften in Anspruch nehmen wollte. Es fällt sicher niemandem von uns ein, eine solche Oberleitung in Anspruch zu nehmen, und das wäre auch ganz überflüssig. Um die Erfüllung mit sozialistischem Geist brauchen sich die Organisationen nicht zu streiten, dafür sorgt die ökonomische Situation und die geschichtliche Entwicklung selbst. (Sehr richtig!) Infolgedessen haben wir diesem Bedenken der Gewerkschaften Rechnung getragen. Wir sind die letzten, die ihnen taktische Schwierigkeiten schaffen werden. Wir haben es um so eher getan, als die Einsicht in die notwendige Einheit des

ökonomischen und politischen Kampfes im grundsätzlichen Teil in jeder Zeile enthalten ist.

Die eine große Frage, die künftiger Programmarbeit vorbehalten ist, ist also die Stellung zu dem Problem der Verwirklichung des Sozialismus, und ich hoffe, daß einer der nächsten Parteitage Zeit und Gelegenheit haben wird, sich ausführlich mit diesem Problem zu beschäftigen. Neben der Tatsache, daß wir unmittelbar vor die Verwirklichung des Sozialismus durch die wirtschaftliche Situation gestellt wurden, steht die andere große politische Tatsache der Erringung der Demokratie, der Beseitigung des Obrigkeitsstaates für ganz Mitteleuropa. Was bedeutet das? Lassen Sie mich ein Wort sagen, um ein Mißverständnis zu beseitigen, das in der Parteidiskussion eine Rolle spielt. Es wird immer viel von „bürgerlicher" Demokratie gesprochen. Wenn damit gesagt werden soll, daß die Demokratie heute noch die politische Form einer bürgerlichen Gesellschaft ist, so ist das richtig. Es besagt aber nicht, daß die Demokratie nicht auch die politische Form ist und sein muß einer sozialistischen Gesellschaft. Ich möchte Sie an die glänzenden Ausführungen erinnern, die Rosa Luxemburg in ihrer letzten Zeit in unmittelbarer Polemik mit dem Bolschewismus in einer nachgelassenen Schrift gemacht hat. Sie zeigt dort, daß Verwirklichung des Sozialismus nur möglich ist bei voller, freier Betätigung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft, also nur im demokratischen Rahmen. Wenn wir die geschichtliche Entwicklung der Demokratie betrachten, so paßt das Wort bürgerliche Demokratie überhaupt nicht, weil die Demokratie, wenn sie auch schon von Denkern des dritten Standes, in dem damals noch Bourgeoisie und Proletariat vereinigt waren, gedacht war, doch erst vom Proletariat in schärfstem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie erobert werden mußte. Die politische Idee der Bourgeoisie hat Lassalle richtig erkannt. Er meinte — historisch betrachtet unbedingt mit Recht — daß die politische Idee des Bürgertums das Zensus-Wahlrecht gewesen, daß gerade der Ausschluß der Arbeiterschaft von den politischen Rechten immer wieder Ziel des Bürgertums gewesen sei, und daß die Erkämpfung der gleichen politischen Rechte ausschließlich durch das Proletariat geschehen könnte. Und warum? Weil die Erringung der politischen Demokratie, die Klassengegensätze innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft weiter entfaltet, weil die politische Freiheit, deren sich das Proletariat zu seiner ökonomischen Befreiung bedienen kann und muß, mit der ökonomischen Abhängigkeit fortwährend in schärfsten Widerspruch gelangt. Politische Freiheit, ökonomische Abhängigkeit treiben den inneren Widerspruch, in dem Politik und Oekonomie der bürgerlichen Gesellschaft heute umfangen ist, auf die Spitze. Deswegen ist politische Demokratie tatsächlich eine wichtige Errungenschaft des Proletariats, um in der fortschreitenden Entfaltung und Offenbarung der Klassengegensätze die politische Macht der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen zur Beseitigung der ökonomischen Abhängigkeit. So wird zur politischen Freiheit die ökonomische erobert werden oder, wie der junge Marx es ausgedrückt hat, so wird zur politischen Emanzipation die menschliche hinzukommen.

Demokratie bedeutet aber für uns noch etwas anderes im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat. Dieser war die starre Herrschaftsorganisation, die, gestützt auf die Bourgeoisie, das Militär, die Hofgesellschaft, sich dem Volkswillen entgegenstellte. Das war jene politische Organisation, in der alle demokratischen und parlamentarischen Elemente zur Ohnmacht verdammt waren, wenn sie in Widerspruch zu dieser Herrschaftsorganisation gerieten. Die Beseitigung dieser Starrheit bedeutet, daß der politische Wille plastisch, formbar geworden ist, daß es jetzt von der politischen Entscheidung der großen Volksmassen abhängt, wie sich das Schicksal des Staates und damit ihr eigenes gestaltet. Das bedeutet für uns

als Partei, daß wir anders als in Erfurt heute zu den konkreten Problemen der Politik, der Wirtschaft, der Finanz- und Handelspolitik Stellung nehmen müssen. Deshalb brauchen wir neben unserm theoretischen Programm ein Aktionsprogramm, das sich den wechselnden Verhältnissen wird anpassen müssen je nach dem Einfluß, den wir erreichen, das aber zu all den Fragen der Wirtschafts- und Staatspolitik ganz konkret wird Stellung nehmen müssen.

Wir haben versucht, Ihnen ein solches Aktionsprogramm gleichzeitig vorzulegen, obwohl unsere ursprüngliche Aufgabe nur die Schaffung des theoretischen Teils gewesen ist. Wir sind dazu gekommen, weil das Nürnberger Aktionsprogramm für die heutigen Verhältnisse nicht ausreicht. Wir haben auch versucht, in diesem Aktionsprogramm das zusammenzufassen, was gemeinsamer Besitzstand an politischen Forderungen sowohl der früheren Unabhängigen Sozialdemokratie wie der Mehrheitssozialdemokratie gewesen ist. Wir haben hineingearbeitet sowohl das Aktionsprogramm, das sich die Unabhängigen seinerzeit gegeben hatten, als auch die praktischen Forderungen des Görlitzer Programms. Wir sind nicht dabei stehen geblieben, sondern haben gemeint, daß wir für eine Reihe von Gebieten dieses Aktionsprogramm ausweiten können, damit aus seiner Lektüre bereits die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu allen wichtigen Problemen hervorgehen könne. Ich meine, daß auch hier Fortschritte erzielt worden sind, wenn ich auch zugebe, daß einzelne Wünsche noch nicht erfüllt sind, daß wir auf den nächsten Parteitagen bei Behandlung konkreter Fragen, z. B. der Kolonialpolitik, der Gesundheitspolitik usw. dieses Aktionsprogramm noch werden vervollständigen müssen.

In zwei Punkten namentlich bedeutet dieses Aktionsprogramm einen Fortschritt, einmal in der Formulierung und Systematisierung der sozialpolitischen Forderungen, von denen ich feststellen kann, daß auch die Vertreter der Gewerkschaften ihnen zustimmen, und zweitens in dem, was wir über die Verfassung und Verwaltung gesagt haben. Wir haben an die Spitze gestellt den Ausbau und die Verteidigung der demokratischen Republik. Wir haben mit besonderem Nachdruck zweierlei festgestellt: einmal, daß für uns dieser Ausbau der Ausbau zum Einheitsstaat sein muß. Ich möchte das um so mehr hervorheben, weil ich wünsche, daß auch in den einzelnen Ländern unsere Genossen von diesem Gedanken, daß wir zur Einheitsrepublik kommen müssen, sich stärker leiten lassen. (Sehr richtig!) Wir haben gleichzeitig mit dieser Forderung darauf verwiesen, daß Demokratie unvollständig ist, so lange sie nur Demokratie der Gesetzgebung ist, und daß die notwendige Ergänzung sein muß die Demokratie der Verwaltung, also die Selbstverwaltung. Deswegen fordern wir den Einheitsstaat auf Grund einer neu vorzunehmenden Gliederung der Länder und Gemeinden, und wir wollen, daß durch ein Reichsgesetz den Ländern und Gemeinden endlich die Möglichkeit wirklicher Selbstverwaltung zuteil wird.

Ich will über die einzelnen Punkte des Aktionsprogramms nicht sprechen, weil das zu weit führen würde und weil sowohl in der Tätigkeit der Reichstagsfraktion als auch in Diskussionen, die wir künftig haben werden, Gelegenheit zum Ausbau einzelner Abschnitte sein wird. Aber mit der konkreten Stellungnahme zu Einzelfragen sind die Aufgaben, die die Demokratie unserer Partei gestellt hat, noch nicht vollendet. Demokratie bedeutet für uns in noch höherem Grade als vorher den Zwang, auch jene Mittelschichten zu gewinnen, die zur Eroberung der politischen Macht notwendig sind. Hier können wir wieder unterscheiden: einmal hat die ökonomische Entwicklung durch die immer größere Ausweitung des Großbetriebs, durch die innere Umwälzung der Betriebsorganisation innerhalb der Industrie und des Handels jene Schicht von Arbeitern geschaffen, die man bald geistige Arbeiter, Kopfarbeiter usw.

benennt, die notwendige Glieder des Produktionsprozesses geworden sind und wichtige Funktionen der Organisierung, Ueberwachung usw. ausüben. Ebenso wie das Proletariat werden sie durch ihre Zusammenfassung in den Betrieben organisiert, werden ihrer spezifischen Interessen bewußt und gleichzeitig durch die kapitalistische Entwicklung von der Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen ausgeschlossen. Diese Schicht der Angestellten aller Art spielt namentlich innerhalb der städtischen Bevölkerung eine immer wichtigere Rolle; ihre Zahl ist noch rascher in den letzten Jahrzehnten kapitalistischer Entwicklung gewachsen als die Zahl des eigentlichen Proletariats. Diese Schichten müssen wir gewinnen. Ich habe infolgedessen stets den Aufstieg der Angestelltenbewegung, der Afa, für eins der bedeutungsvollsten Zeichen der Entwicklung gehalten. Denn wir brauchen diese Schichten nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch, weil gerade aus diesen Schichten uns jene Hilfe kommen wird, die wir für die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie nötig haben. (Sehr richtig!) Das ist der eine Teil der großen Massen, die für uns in Betracht kommen.

Der andere Teil sind jene Massen der landwirtschaftlichen Kleinbesitzer, die heute innerhalb einer demokratischen Verfassung die eigentliche Stütze der bürgerlichen Herrschaft sind. Hier liegt ein außerordentlich wichtiges Problem vor. Wir müssen konstatieren, daß das, was das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil über die agrarische Entwicklung gesagt hat, in dieser Schärfe nicht zutrifft. Das Erfurter Programm spricht von den versinkenden bäuerlichen Schichten. Wir wissen, daß die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ein solches Versinken nicht gesehen hat, sondern im Gegenteil eine Stärkung des bäuerlichen Besitzes. Hier ergibt sich für uns die Aufgabe, in eine neue Prüfung der agrarischen Entwicklungstendenzen einzutreten. Wir werden zu untersuchen haben, wie die Frage der technischen Ueberlegenheit zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb zu entscheiden ist. Wir werden besonders zu prüfen haben, welche spezifisch ökonomischen Ursachen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft das Fortleben und die Stärkung bäuerlicher Kleinbetriebe möglich macht. Wir werden aber darüber nicht vergessen dürfen, daß unsere Aufgabe auf dem Lande sich nicht nur darauf beschränkt. Es ist sicher, daß wir auch für eine Kleinbauernpolitik wesentliche Grundlagen gewinnen können. Wir werden aus den Bedürfnissen des bäuerlichen Betriebes selbst eine Reihe von Forderungen ableiten können, die nicht die Parteien des Privateigentums, sondern die nur wir im Interesse der bäuerlichen Wirtschaft werden erheben können. Wir werden aber außerdem die Interessen und die Bedürfnisse der proletarischen Schichten auf dem Lande festzustellen haben. Ich meine, daß wir bereits mit dieser Arbeit angefangen haben. Die Haltung der Reichstagsfraktion, wie sie in dem Antrag Müller-Franken über die Bodenfrage zum Ausdruck kommt, die Haltung unserer Vertreter in den Regierungen und den Landtagen in bezug auf die Siedlungsfrage, auf die Koalitionsfreiheit der Landarbeiter usw. zeigt, daß wir gewillt und imstande sind, die Interessen dieser breiten proletarischen Schichten auf dem Lande mit unmittelbar praktischen Gesetzesvorschlägen zu unterstützen. Das ist eine große und bedeutsame Aufgabe, aber ich hege keinen Zweifel, daß es bereits dem nächsten Parteitag möglich sein wird, ein umfassendes Agrarprogramm, zum mindesten aber Leitsätze für unsere Agitation und Werbearbeit auf dem flachen Lande aufzustellen. Deswegen haben wir in dem vorliegenden Programm die Punkte, die sich auf das Agrarprogramm beziehen, nicht berührt, und ich bitte, auch heute auf die Aufnahme einzelner Formulierungen zur Agrarfrage nicht zu bestehen.

Es ist also klar, daß die Programmarbeit, die wir heute beginnen, ein Anfang ist und daß sie auf künftigen Parteitagen wird ausgebaut werden müssen. Wenn nun gesagt wird, das Programm drohe ein Buch zu werden, so sage ich darauf: Das ist nichts, was etwas Freiwilliges ist, sondern gerade darin,

daß wir zu soviel Problemen Stellung nehmen müssen, zeigt sich, wie wirklichkeitsnahe der Sozialismus geworden, wie stark der Einfluß der Partei auf die wirkliche Gestaltung der konkreten Verhältnisse bereits ist. Dem müssen und können wir nur durch ein Programm Rechnung tragen, das auf alle konkreten Einzelheiten eingeht.

Was bedeutet aber dieses Programm nun in seinem grundsätzlichen Teil? Wenn ich gesagt habe, daß wir über manches hinausgehen müssen, was das Erfurter Programm enthielt, daß wir in der Frage der agrarischen Entwicklung zu neuen Formulierungen werden gelangen müssen, so bleibt demgegenüber die Tatsache bestehen, daß die grundsätzliche Analyse der kapitalistischen Entwicklung nicht nur unerschüttert geblieben ist, sondern durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ihre Bestätigung erfahren hat. (Sehr richtig!) Als Marx zum erstenmal im Kommunistischen Manifest das große Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Industrie aufstellte, das Konzentrationsgesetz, als er es im „Kapital" mit allen Argumenten der Wissenschaft untermauerte, selbst noch als es Kautsky in die Form des Erfurter Programms goß, war das alles Prophezeiung des Künftigen. Heute sprechen wir in der Gegenwart. Heute hat sich dieses Konzentrationsgesetz als das allbeherrschende Gesetz kapitalistischer Wirtschaft bewiesen. (Sehr wahr!) Das Konzentrationsgesetz auf der ersten Stufe: Das rasche Fortschreiten des Großbetriebes, der Sieg der technischen und ökonomischen Ueberlegenheit des Großbetriebs über die Kleinbetriebe, das Zurückdrängen der Kleinbetriebe zur sozialen Bedeutungslosigkeit. Die zweite Stufe: Die Großbetriebe legen immer größere Kapitalmassen in Form des fixen Kapitals fest. Das bedeutet, daß in Zeiten der Krise, in Zeiten heftigen Konkurrenzkampfes alle Großbetriebe in Gefahr geraten, der Konkurrenz untereinander zu erliegen und die ungeheuren fixen Kapitalmassen zu verlieren. Infolgedessen die Tendenz zur Vereinigung der Großbetriebe einer Industrie zu monopolistischer Organisation, die die Konkurrenz auszuschalten sucht. Die Vereinigung beginnt zumeist bei der Rohstoffgewinnung, bei der Halbzeugherstellung, bei der Energieerzeugung. Durch die Monopolisierung der Rohstoffe und Krafterzeugung gerät die weiterverarbeitende Industrie in eine schwierige Lage in bezug auf die Verwertung des Kapitals und das Bestreben entsteht, die aufeinanderfolgenden Produktionszweige zu vereinigen und dadurch wieder eine neue Ausgleichung der Profitraten zu erzielen. So steigert sich mit der Konzentrationstendenz die Monopolisierungstendenz. Das bedeutet aber schließlich eine grundlegende Veränderung des kapitalistischen Produktionsprozesses überhaupt. War früher die treibende Kraft der kapitalistischen Entwicklung die freie Konkurrenz, so wird diese jetzt immer stärker aufgehoben durch die kapitalistische Monopolbildung: In die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise schieben sich immer erfolgreicher Organisationstendenzen des Kapitals hinein. Aber die Wirtschaft wird nicht zugunsten der Gesamtheit organisiert, sondern es entsteht eine hierarchisch organisierte Wirtschaft. An der Spitze der Hierarchie steht eine kleine Anzahl von Kapitalisten, die die gesamten Produktionsmittel und ökonomischen Kräfte der Gesellschaft für sich monopolisiert haben und damit das gesamte wirtschaftliche und auch persönliche Schicksal der Riesenmassen von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Konsumenten immer stärker bestimmen können.

Damit ist der Konzentrationsprozeß, der die Periode der kapitalistischen Gesellschaft, der freien Konkurrenz und Anarchie zu beenden trachtet, nicht erschöpft. Technisch-organisatorisch begonnen, setzt er sich — auf der dritten Stufe — ökonomisch fort. Mit der Entwicklung der Konzentrationstendenzen vollzieht sich immer mehr der Uebergang des Privatbetriebs zur Aktiengesellschaft, vollendet sich der Zusammenhang des industriellen Kapitals mit der Kreditorganisation der Gesellschaft, durch die alles verfügbare Kapital in den Banken

angesammelt und von da je nach dem Willen der Beherrscher der Banken in den Produktionsprozeß geleitet wird. Diese Verbindung des kapitalistischen Produktionsprozesses mit der Kreditorganisation führt schließlich dazu, daß die alte Trennung des Kapitals in seine Funktionen: Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital, immer mehr aufhört und daß das Kapital die Einheitsform des Finanzkapitals annimmt, d. h. Kapital, das sich in Geldform in den Banken ansammelt und unter ihrer Kontrolle von der Industrie zur Schaffung des Mehrwertes, des Profits angewandt wird. Das Finanzkapital vollendet so die kapitalistischen Konzentrationstendenzen, aus deren Wirken es selbst entsprungen ist und schafft jene hierarchische, antagonistische Organisation der Wirtschaft in der höchsten Vollendung, die innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft möglich ist. Ich brauche nur an einen Fall zu erinnern, der schlaglichtartig das bisher erreichte Resultat dieser ganzen Entwicklung, soweit sie uns politisch zu interessieren hat, beleuchtet, nämlich an den Fall Stinnes Worin besteht die sozialistische Kritik an dem Fall Stinnes? Sie richtet sich nicht gegen die Kombination verschiedener Produktionszweige, noch gegen den Versuch Stinnes' in andere Kapitalsphären, z. B. in die des Bankkapitals, einzudringen, noch an sich gegen die Tatsache, daß, als Stinnes zusammenbrach, die Großbanken sich vereinigen mußten, um auf Verlangen der Reichsbank mit Unterstützung der Preußischen Seehandlung den Zusammenbruch zu verhindern. Unsere sozialistische Kritik bezieht sich darauf, daß Stinnes in unnormalen Zeiten, die aber unnormal im Grunde genommen nur waren als eine Steigerung von Bedingungen, die immer in der kapitalistischen Produktionsweise vorhanden sind, einen großen Teil der deutschen Volkswirtschaft unter seine Botmäßigkeit bringen konnte, und zwar ausschließlich mit Benutzung von Mitteln, die im Grunde genommen der Kontrolle, der Verfügung der Oeffentlichkeit unterstehen müßten. (Sehr richtig!) Stinnes konnte seine Konzerne nur aufbauen mit Hilfe von Riesenkrediten, vor allem auch der Reichsbank, also einer Körperschaft öffentlichen Rechts, deren Leitung der Regierung unterstand. Dieser Aufbau aus öffentlichen Mitteln zeigt, daß in Wirklichkeit die Verfügungsgewalt der Privatkapitalisten in Widerspruch steht zu den bereits eingetretenen ökonomischen Tatsachen, zu der Tatsache, daß diese Leute gar nicht mehr über ihr Privateigentum verfügen, sondern ihre Riesenkonzerne nur aufbauen können, weil sie über öffentliches Eigentum verfügen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Banken dann beim Zusammenbruch eingreifen mußten, dann taten sie es wiederum mit Mitteln, die bei ihnen als Depositen usw. zusammenfließen, mit anonymen Geldern, die in Wirklichkeit von der Arbeiterschaft erarbeitet sind, die einer unendlichen Anzahl von Leuten gehören, die über ihre Verwendung gar kein Bestimmungsrecht mehr haben. Diese angesammelte Masse anonymer Gelder war es, die in Bewegung gesetzt werden mußte, um den Stinneskonzern vor dem völligen Bankerott zu retten; und diese Rettungsaktion für eine mißglückte, ungeheuerliche Spekulation war unvermeidlich, weil ein völliger Bankerott nicht Stinnes und ein paar Banken nur getroffen hätte, sondern die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Das Privateigentum erweist sich so überhaupt nicht mehr als privates, sondern Privateigentum ist heute bei diesen großen Monopolisten die Verfügung über das öffentliche Eigentum. (Sehr wahr!) Wir verlangen deshalb, daß die Verfügung über dieses öffentliche Eigentum denjenigen zusteht, die dieses Eigentum im Produktionsprozeß geschaffen haben; wir verlangen, daß die Stellen, die es heute verwalten und die in Wirklichkeit öffentliche Funktionen ausüben, auch der Kontrolle der Gesellschaft unterstellt werden. Deshalb muß die demokratisierte, die sozialistische Gesellschaft die Verfügung über dieses öffentliche Eigentum endlich erlangen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Konzentrationsprozeß war vielleicht nie so beschleunigt wie in unserer Periode. Der Krieg war ja für einen Teil der Kapitalistenklasse eine Quelle ungeheuerer Bereicherung und zugleich für den gesamten Produktionsprozeß eine starke Förderung der Konzentration. Wir alle wissen, wie die Inflation in den meisten kapitalistischen Ländern einen neuen Anstoß zu neuer Konzentration gegeben hat. Ich will nur davor warnen, zu sagen: die Inflation war die Ursache dieser Konzentration und sie wird zugleich mit der Inflation jetzt zum Stillstand kommen. O nein! Die Konzentration ist das Grundgesetz, das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Wirtschaft. Gerade heute nach der Stabilisierung sehen wir, wie dieser Prozeß der technischen Ausgestaltung und der ökonomischen Monopolisierung wiederum gesteigert wird. Gerade jetzt scheint die technische Revolutionierung beschleunigt vor sich zu gehen. Ich erinnere daran, wie beide Seiten des technischen Prozesses, die Verwendung der Kraft und die Verwendung der Arbeit in neuen Revolutionen begriffen sind, wie die Stellung der Kohle erschüttert wird durch die Verbesserung in der Verfeuerung, durch die Erzeugung der Elektrizität aus den Wasserkräften, durch den Uebergang zur Oelfeuerung; die alte Stellung der Kohle kann vielleicht nur wiederhergestellt werden durch eine neue technische Revolution, durch die Verflüssigung der Kohle. Bei allen diesen Dingen, die zuletzt in der Technik begründet sind, wirkt die wirtschaftliche Aenderung wieder auf die Politik zurück; die Kohlenkrise greift auf die gesamte Volkswirtschaft über, sie hört auf, ein nationales Problem zu sein und könnte im Grunde genommen nur gelöst werden, wenn die Regierungen der kohlenproduzierenden Länder, wenn Deutschland und England unter Hinzuziehung noch anderer Staaten sich zu einer Regulierung und Neugestaltung der Kohlenproduktion vereinigen würden, d. h. wenn diese Regierungen die Privatwirtschaft auch auf diesem Gebiete bewußt verlassen zugunsten einer gesellschaftlichen, in diesem Falle internationalen Regelung der Grundlage aller Produktion.

Zur Umwälzung in der Krafterzeugung kommt jene vielleicht noch bedeutsamere Revolutionierung des Arbeitsverfahrens. Die einzelnen Verrichtungen der Handarbeit werden nicht mehr der Empirie überlassen, die alten Verfahren, von der Arbeit des Bauern angefangen bis zur kompliziertesten Arbeit des Mechanikers, werden wissenschaftlich untersucht, physiologisch geprüft und psychologisch auf den Grad ihrer Wirksamkeit und Intensität erforscht. Die Arbeit wird immer mehr zerlegt. Die Zerlegung der Arbeit führt zu immer weiterer Anwendung neuer Arbeitsmaschinerien. Diese ganzen Prozesse werden dann zusammengefaßt in neue Betriebsorganisationen, die auf dem Prinzip der Kontinuität des Prozesses beruhen. Alles das hat wiederum zur Folge, auf der einen Seite eine ungeheuere Steigerung der Produktivkräfte, auf der anderen Seite die Monopolisierung dieser Produktivkräfte in der Hand einer verhältnismäßig kleinen Kapitalistenoligarchie.

Oekonomisch sehen wir, daß auf die Inflationskrise mit ihrer Rückwirkung auf die Konzentration und Monopolisierung jene Stabilisierungskrisen folgen, die wiederum nur beseitigt werden können durch eine noch weitergehende Konzentration, die aber privatwirtschaftlich nur beseitigt werden können durch die Aneignung der Früchte dieser Konzentration durch die Monopole. Ich erinnere daran, wie gerade jetzt jene meiner Meinung nach notwendigen Uebergänge der deutschen Wirtschaft von der Kartellorganisation zur Trustorganisation erfolgen. Die mächtigsten Konzerne des Rheinlandes sehen ein, daß die Stufenleiter ihrer Produktion zu gering und die alte Kartellorganisation ökonomisch unrationell geworden ist. Sie gehen infolgedessen zur Trustorganisation über, zur völligen Verschmelzung der Unternehmungen in ein einziges, innerhalb dessen dann wirklich rationell produziert, wirklich mit geringstem Aufwand an Kraft

die größte Produktivität erreicht werden kann, aber wieder zugunsten der kapitalistischen Monopolinhaber.

Lassen Sie mich nur noch kurz zwei Wirkungen betrachten, die aus diesen ganzen Konzentrations- und Monopolisierungsvorgängen hervorgehen. Zunächst die außenpolitische Wirkung. Diese ungeheuere Kraft des monopolisierten Kapitals wendet sich nach außen, um für die stetig steigende Produktion zur Erzielung steigender Profite Absatzmärkte zu finden, um geeignete Gebiete als Rohstoff- und Energiequellen, als Anlagesphären für Kapital sich anzueignen. Das ist, mit einem Schlagwort bezeichnet, die imperialistische Tendenz. Aber wohin führt diese Tendenz? Wir haben im 19. Jahrhundert gesehen, wie das Kapital in bisher unerschlossene Länder eindringt. In diese Länder bringt es nicht nur den Kapitalismus, nicht nur zunächst seine Waren, nicht nur auf der zweiten Stufe die kapitalistische Produktionsweise selbst, sondern mit dieser Produktionsweise entstehen in diesen Ländern die modernen kapitalistischen Klassen, ein modernes Bürgertum, eine moderne Intelligenz, ein modernes Proletariat. Diese Klassen beginnen nun, zunächst unter der Führung der Bourgeoisie und der Intelligenz, sich gegen die Einflüsse des ausländischen Kapitals zur Wehr zu setzen. Sie beginnen gegen die auswärtigen Mächte ihren nationalen Unabhängigkeitskampf, der im 19. Jahrhundert die Gestaltung Europas vollständig umgewälzt hat, der zuerst zur Bildung der großen Nationalstaaten Deutschland und Italien führte und im Osten die Revolution, die Befreiung des Balkans, die Entstehung der neuen Nationalstaaten nach dem Kriege hervorgerufen hat. Dieser ganze Prozeß, den wir sozusagen im kleineren Maßstabe in Europa erlebt haben, geht nun wiederum, ungeheuer beschleunigt durch Krieg und Revolution, im weltweiten Maßstabe vor sich am Nordrande Afrikas und in den weiten Gebieten Asiens, in China, Japan, Indien usw. Damit schafft der Kapitalismus eine neue ungeheuere Verwicklung. Da berührt er mit seinem Zauberstabe gewaltige Menschenmassen und weckt sie aus jahrhundertelangem Schlaf. Er erfüllt die bisher geschichtslosen Nationen mit neuem Freiheitssehnen, mit dem Drang nach Emanzipation. Wir wissen allerdings, daß diese erste Form der Emanzipation sich vollziehen wird unter der Führung und im Interesse des neu entstehenden Bürgertums und der bürgerlichen Intelligenz mit ihrer nationalen Ideologie, vor allem als Kampf gegen die auswärtigen Eindringlinge. Aber wir erkennen zugleich darin einen ungeheueren historischen Fortschritt, den wir zu unterstützen haben. Auf der anderen Seite sehen wir auch eine außerordentliche Gefahr, nämlich die Gefahr der Entstehung neuer politischer Krisenherde, wenn es uns nicht gelingt, durch unseren Einfluß auf die auswärtige Politik, auf die Geschicke Europas zu verhindern, daß diese Bewegung, die ein ungeheuerer Fortschritt sein kann, zu einer starken Bedrohung Europas und seiner Menschenmassen wird. Deshalb wird für uns nicht nur die auswärtige Politik immer bedeutsamer, deswegen wird auch unsere Politik, die dem bürgerlichen Nationalitätenprinzip, dem Prinzip der Rivalität der Nationen, dem kapitalistischen Konkurrenzkampf der Nationen die Erkenntnis der notwendigen Solidarität der Nationen entgegengestellt, das Rettungsprinzip für Europa sein. (Lebhafte Zustimmung.) Aus diesem Grunde haben wir in unser Programm zum erstenmal eine neue, bestimmtere Formulierung unserer internationalen Politik aufgenommen, durch die wir zum Ausdruck bringen, daß wir für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa eintreten, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen. Diese Formulierung unterscheidet unsere Konzeption wiederum grundlegend von allen bürgerlichen Reden über die Vereinigten Staaten Europas. Wir wollen die Vereinigten Staaten Europas

nicht als ein Wirtschaftsgebiet, das sich im Konkurrenzkampf gegen die Vereinigten Staaten Amerikas abschließt (sehr wahr!), wir wollen die Vereinigten Staaten Europas nicht als ein Ausschließungsmittel etwa gegen England oder Rußland, sondern wir wollen die Vereinigten Staaten Europas, damit die großen Probleme der Wirtschaft, die großen Probleme der auswärtigen Politik gelöst werden können. Vielleicht die allerletzte Ursache des Weltkrieges war doch der Umstand, daß die ungeheuer angewachsenen Produktivkräfte, die längst den einzelnen Bourgeoisien über den Kopf gewachsen waren, gegen die überkommenen nationalen Staatsgrenzen, die der wirtschaftlichen Stufe der Entwicklung nicht mehr entsprachen, rebellierten. Wir wollen eine Lösung des europäischen Staatenproblems, weil wir den Prozeß des Erwachens der geschichtslosen Nationen allerdings bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen, zu überwachen und zu lenken haben, damit dieser Prozeß sich nicht wieder in einer katastrophalen, kriegerischen Weise vollziehe, die heute bei der Entwicklung der Kriegstechnik die ganze europäische Zivilisation dem Untergange aussetzen würde. Wir wünschen diesen Prozeß durch eine einsichtige Politik der vereinigten europäischen Staaten zu fördern, die jede Unterdrückung anderer Nationen, jede Unterdrückung der Kolonialvölker unter Zerstörung ihrer Kultur, ihres Rechtes ablehnt. Das ist der große Gesichtspunkt unserer auswärtigen Politik, der unmittelbar aus unserer sozialistischen Ueberzeugung entspringt.

Bedeutet nach außen die Konzentration und Monopolisierung die Schaffung neuer Krisenherde, so bedeutet sie im Inneren für alle europäischen Staaten, für alle großen kapitalistischen Länder eine neue Phase heftigster Kämpfe. Fortgeschrittene bürgerliche Gelehrte wie Prof. Bonn und Alfred Weber sprechen heute viel von einer Krise der europäischen Demokratie oder von einer europäischen Staatskrise. Was liegt denn diesen Betrachtungen in Wirklichkeit zugrunde? Nichts anderes als das Erschrecken über die Tatsache, daß ungeheuer starke, partikularistische Wirtschaftsinteressen, zusammengefaßt in der Hand einiger weniger Beherrscher der Großbanken, der Rohstoffquellen und der Energieerzeugung, die Verfügung über die Staatsmacht fordern. Der Kampf, den Stinnes einst am offensten mit seiner Forderung proklamiert hatte, daß die Staatsmacht den Wirtschaftsbezirken, die er gründen wollte, untergeordnet werden sollte, war das ausgesprochene Symptom dieses Ringens der großen kapitalistischen Monopole. Sie wollen die Staatsmacht haben, ja sie müssen es wollen, weil heute die kapitalistische Wirtschaft, organisiert, wie sie ist, verflochten in den Rechtszustand, den der Staat bestimmt, eingeschlossen in alle staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanz-, Wirtschafts- und Handelspolitik, notwendigerweise dazu getrieben wird, die Staatsmacht für sich in Anspruch zu nehmen. Das vor allem kennzeichnen wir, wenn wir in unserem Programm sagen, gerade diese Kämpfe um die Staatsmacht bestätigen auf das klarste unsere alte Auffassung, daß die Geschichte aller Gesellschaften, die auf Privateigentum gegründet sind, eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Diese werden — das sage ich ganz offen — gar nicht mit vollem Bewußtsein von den proletarischen Schichten, gar nicht in voller Erkenntnis ihrer Klassenlage von den Massen der Ausgebeuteten geführt, sondern sie werden in allererster Linie geführt von jenen großen Partikularisten der Wirtschaft um die Staatsmacht. (Sehr wahr!) Es ist ganz klar, daß der Kampf um die Staatsmacht, der von den Beherrschern der Wirtschaft aufgenommen worden ist, die Klassenkämpfe immer offenbarer macht — das ist der große Fortschritt —, und daß sie auch den indifferentesten Arbeiter darauf aufmerksam machen, was für eine Bedeutung der Eroberung der politischen Macht, der Verfügung über die Staatsmacht beigelegt werden muß, von der heute das wirtschaftliche Geschick jedes einzelnen Staatsbürgers bis zur Höhe des Wochenlohnes und bis zur

Länge der Arbeitszeit und bis auf die Preise der Lebensmittel abhängt. Deshalb sagen wir in unserem Programm, daß gerade durch die Entwicklung des Konzentrationsgesetzes, gerade durch diese Entfaltung der innersten kapitalistischen Tendenzen wir in der kapitalistischen Gesellschaft nunmehr zu einem Höhepunkt gelangt sind, wo die Klassengegensätze sich immer mehr vertiefen, wo sie immer schärfer in die Erscheinung treten, wo die Gesellschaft immer mehr vor die Entscheidung gestellt wird: entweder Fortdauer der Wirtschaftsmacht einiger Privilegierter oder Unterwerfung der Wirtschaftsmacht unter die Verwaltung, die Kontrolle, die Verfügung der Gesamtheit! Daß die Klassenkämpfe immer erbitterter werden, liegt also in der Natur der kapitalistischen Gesellschaft, liegt überhaupt in der Natur einer klassenmäßigen Gesellschaftsentwicklung, in der große Gegensätze vorhanden sind, weil ja mit dem Fortschreiten dieser Gesellschaft diese Gegensätze sich immer mehr und mehr vertiefen und schließlich zum Austrag gelangen müssen; denn nur so wird eine Neuorganisation, ein neues Werden des gesellschaftlichen und geschichtlichen Seins möglich. Deswegen sprechen wir im Programm von der Verschärfung der Klassengegensätze.

Zwei Dinge müssen hier Mißverständnissen gegenüber noch gesagt werden. Verschärfung, stetige Vertiefung der Klassengegensätze bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Klassengegensätze sozusagen in immer knüppelhafterer Form ausgetragen werden müssen. (Sehr wahr!) Die Demokratie ist eine politische Form, die einerseits den Klassengegensätzen Raum zur vollen Entfaltung gibt, die auf der anderen Seite aber erlaubt, die Klassengegensätze auch in ihren Formen und nach ihren Methoden auszutragen. Deswegen bedeutet „Verschärfung der Klassengegensätze" durchaus nicht, daß der Klassenkampf immer gewaltsamer oder gewalttätiger werden müßte. Das ist durchaus nicht notwendig. Aber gegenüber jenen faschistischen Vorstellungen, gegenüber den Einbildungen der Reaktionäre, daß die Demokratie bei irgendwelchen Angriffen ihrerseits etwa stillhalten müßte, sagen wir ganz ruhig: wir übernehmen für die Geschichte keine Garantie, und wenn die anderen die Demokratie aufgeben, werden wir sie mit allen zweckdienlichen Mitteln verteidigen, mit allen Mitteln, die geeignet sind, die Faschisten, die Reaktionäre, die Bekämpfer der Demokratie, die Feinde der Republik um jeden Preis niederzuschlagen. (Stürmischer Beifall.)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Groß und gewaltig sind die Probleme, die uns die Zeit stellt, und wir sind diesen Problemen nähergekommen in dem Auf und Ab der Flut des historischen Geschehens. Bald hat uns die Welle gehoben, bald schien sie uns senken zu wollen. Aber ich glaube, die Zeit, in der manche von uns sich entmutigen lassen wollten, ist vorüber. Was war es denn für ein Gefühl, das manche beschlichen haben mag? Wenn wir eine Gipfelwanderung vorhaben und nun den Marsch beginnen, sehen wir die Spitze vor uns, scheinbar zum Greifen nahe, scheinbar mühelos zu erobern. Dann beginnt der Marsch durch das Vorgelände. Bald schwindet uns die Aussicht. Wir marschieren. Unser Weg dauert viel länger, als wir gedacht haben. Plötzlich treten wir aus dem Wald heraus, das Vorgelände ist überwunden. Aber vor uns erhebt sich das steile Bergmassiv, steinig und unwegsam auf den ersten Blick. Da wollen wir einen Moment lang verzagen. Doch dann sagen wir uns: wir sind nähergekommen, wir haben die Vorbereitungszeit hinter uns, jetzt geht es zum Aufstieg und wir m ü s s e n hinauf. Das ist die Stimmung, in der heute die wiedererstarkte deutsche Sozialdemokratie, die wiedererstarkte Internationale dem letzten Ziel des Sozialismus zustrebt. Wir müssen hinauf, wir werden hinauf, und unser Programm ist ein guter Wegweiser. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Wels: Inzwischen sind zwei Anträge eingelaufen. Der erste Antrag lautet:

Der Parteitag beschließt, den Satz des Görlitzer Programms „Religion ist Privatsache aus innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache" in das vorliegende Programm aufzunehmen.

Der zweite Antrag ist ein Antrag Levi und Genossen und hat folgenden Wortlaut:

In dem Abschnitt „Internationale Politik" ist in Abs. 2 folgender Zusatz hinzuzufügen:

Sie wird drohende Kriege mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu verhindern suchen. Sollte ein Krieg demungeachtet doch ausbrechen, so wird sie ohne Rücksicht auf die sogenannte militärische Lage durch unmittelbaren Appell an die Volksmassen, durch parlamentarische Opposition, durch Generalstreik oder andere Mittel auf die sofortige Beendigung hinarbeiten.

Wir treten jetzt in die Diskussion ein.

Scheidemann-Cassel: An dem Programmentwurf der Programmkommission ist in der Presse eine Kritik geübt worden, die ich zu einem erheblichen Teile für berechtigt halte. Die uns jetzt zugegangene Vorlage versucht, den erhobenen Bedenken Rechnung zu tragen und stellt gegenüber dem ersten Entwurf zweifellos eine Verbesserung dar. (Sehr richtig!) Sicherlich wird mancher ebenso wie ich wünschen, daß man noch mehr verbessert hätte. Vielleicht hätte die untrennbare Verbundenheit des demokratischen mit dem sozialistischen Gedanken und die positive Einstellung der Partei dem Staate gegenüber noch klarer zum Ausdruck gebracht werden können. Vielleicht wäre es auch möglich gewesen, vorbehaltlich näherer Ausführungen in dem angekündigten Agrarprogramm schon jetzt auf die große Bedeutung der Landwirtschaft und auf die Zugehörigkeit der schwerschaffenden, kleinbäuerlichen Bevölkerung zur Arbeiterklasse, wie wir als Sozialisten sie verstehen, hinzuweisen. (Sehr wahr!) Wenn in der Vorlage von der Verschärfung des Klassenkampfes die Rede ist, so halte ich diesen Gedanken für richtig in dem Sinne, daß auf der einen Seite eine immer größere Anhäufung der ökonomischen Machtmittel, auf der anderen Seite eine ständige Vermehrung der Massen stattfindet, die ihrer Klassenlage nach am Kampfe gegen den Kapitalismus interessiert sind. Diese Verschärfung schließt natürlich nicht aus, daß der Kampf in zivilisierten Formen geführt wird, die im Interesse der kämpfenden Arbeiterklasse selbst liegen. Die Einrichtungen einer demokratischen Verfassung bieten ja auch die Möglichkeit, in den notwendigen Klassenkämpfen gewaltlose Entscheidungen zugunsten des arbeitenden Volkes herbeizuführen.

Ich führe das nicht als Polemik gegen den Programmentwurf an, der natürlich auch nichts anderes meint, sondern nur zur Verdeutlichung seiner offenbaren Absicht. Ich glaube den Referenten völlig richtig verstanden zu haben. Darum, und um die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei nach außen zu dokumentieren, werde ich für den Programmentwurf stimmen und bitte alle, die gleichen Sinnes sind, das gleiche zu tun. (Bravo! und Händeklatschen.)

Biedermann-Hamburg: Wir sind uns bei der Stellung unserer Anträge klar gewesen, daß es gegenüber dem neuen Entwurf, von dessen Verbesserung schon Scheidemann gesprochen hat und gegenüber der Begründung schwer sein wird, noch im letzten Augenblick Aenderungen anzubringen. Trotzdem haben wir die kleinen Abänderungsanträge für notwendig gehalten, um den immer wieder erhobenen Vorwurf zu entkräften, die Sozialdemokratie kümmere sich so gut wie gar nicht um das Bankkapital. Wer sich mit den Völkischen herumschlagen mußte, weiß, wie einsichtsvoll ihre Agitation dadurch geworden

ist, daß sie bei ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftskritik von den Geldinstituten ausgegangen sind. Wenn im grundsätzlichen Teil daran nicht vorbeigegangen wird, muß man auch im Aktionsprogramm, wo zu den Einzelheiten Stellung genommen wird, darauf eingehen. Durch die Einfügung einiger weniger Worte von fast nur redaktioneller Bedeutung wird der außerordentliche Wert der Gesamtarbeit der Programmkommission nicht wesentlich geändert.

Wir Hamburger hätten darüber hinaus gewünscht, daß die Auseinandersetzung über die Fortbildung des Rätesystems sich schärfer dem Gedanken angenähert hätte, der auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau deutlich ausgesprochen worden ist. Wir werden uns bei der praktischen Gestaltung doch darüber klar werden müssen und den alten Streit, ob Arbeiterkammern oder Arbeitskammern durch eine programmatische Formulierung zur Entscheidung bringen. Jetzt läßt der Entwurf die Form vollkommen offen. Um unter keinen Umständen zu irgendwelchen Gegensätzen zu den Gewerkschaften zu kommen, hätten wir die Entscheidung des Parteitags für Arbeitskammern begrüßt.

Gleichfalls wäre eine Stellungnahme zu dem, was wir unter Gesundheitspolitik beantragt hatten, wünschenswert gewesen. Wir hoffen auf eine recht baldige Erweiterung des Programms in dieser Richtung und darauf, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion, weil das Programm zu den in dem Antrag niedergelegten Gedanken schweigt, von sich aus jede Gelegenheit wahrnehmen, um in dieser Richtung weiterzukommen, da man schließlich um eine planmäßige Bevölkerungspolitik nicht herumkommen kann.

In dem Abschnitt internationale Politik hätten wir einen Zusatz gewünscht, der nicht nur negativ die Abrüstung fordert, sondern positiv Stellung nimmt. Da außer von Hamburg noch von zwei Orten Anträge vorliegen, bin ich der festen Ueberzeugung, daß wir auf die Dauer um eine Stellung zum Wehrgedanken nicht herumkommen. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß diese Ideenwelt im Deutschen viel stärker steckt, als es vorher auch nur geahnt wurde, und daß gerade unsere Gegner in der internationalen Politik hier sehr leichte Angriffsflächen gegen uns entdeckt und zweifellos zu unserem Nachteil ausgenutzt haben.

Alle Kritik aber fällt gegenüber dem Gesamteindruck des Entwurfs nicht zu sehr ins Gewicht. Gleichwohl bitten wir um Annahme der kleinen Aenderungen, um die notwendige Ausdehnung praktisch auszudrücken. Da wir insgesamt doch zu wesentlich ruhigeren Verhältnissen gekommen sind, hoffe ich, daß wieder jene alte Ueberlegenheit in der Vorkriegszeit gegenüber den bürgerlichen Parteien in unsere Mitglieder einzieht: die genaue Kenntnis des Erfurter Programms, die in Praxis und Theorie der Werbung unter den Fernstehenden uns das Uebergewicht gegeben hat. So hoffe ich, daß auch das Heidelberger Programm Gemeingut all unserer Genossen und Genossinnen in Stadt und Land wieder werden möge und damit wieder jener Weg beschritten wird, der zum Aufstieg der Arbeiterklasse und zum Sieg des Sozialismus führt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Levi-Berlin: Das Beste von dem Referat und auch das absolut Versöhnliche ist, daß Hilferding selbst den Programmentwurf und seine Annahme nicht als Schlußpunkt, sondern als Anfang unserer Arbeit bezeichnet hat. Damit wird auch der wesentliche Fehler korrigiert, der diesem Programm anhängt und ihn vom Erfurter Programm unterscheidet, das in jahrelanger Vorarbeit von viel engeren und vielleicht auch interessierteren Kreisen von Mitgliedern, wie ich zugebe, Satz für Satz von der Mitgliedschaft erarbeitet worden ist. Dieser Programmentwurf kam so rasch, daß zwischen seiner Veröffentlichung und Beratung die 1 Million zählende Mitgliedschaft ihn unmöglich praktisch ver-

arbeiten, theoretisch durchdenken und zum Gegenstand ihres eigenen Nachdenkens machen konnte. Beginnt diese Arbeit heute, so wird der Entwurf in Zukunft seine Früchte tragen. Heute aber müssen wir uns mit dem Programm, wie es ist, auseinandersetzen.

Dieser Entwurf ist nichts anderes als eine „zeitgemäße" Verarbeitung des Erfurter Programms und kann nur durch eine Vergleichung mit dem Erfurter Programm in seiner Bedeutung richtig gewürdigt werden. Ich kann mich in der knappen Zeit mit dem Referat nicht weiter auseinandersetzen, sondern muß mich auf die Feststellung der Punkte beschränken, in denen der Entwurf zu seinem Nachteil von dem Erfurter Programm abweicht.

Erstens ist der Satz des Erfurter Programms von der fortdauernden Zuspitzung der Gegensätze und der immer größeren Unverträglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft mit den Interessen der breiten Volksmassen völlig gestrichen. In der zweiten Beratung ist ein kurzes Amendement eingefügt worden. Dieser Satz ist im wesentlichen das Kernstück der jahrelangen Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei zwischen den sogenannten Revisionisten und Radikalen gewesen. Ich stelle mit Bedauern fest, daß dieser Stein des Anstoßes der Revisionisten von damals heute gestrichen ist.

Zweitens ist unsere Stellung zum Staat, wie Genosse Scheidemann schon vor mir bedauert, nicht genügend klar ausgedrückt. Dieses Bedauern von Scheidemann war von seinem Standpunkt aus nicht gerechtfertigt. Ich möchte nicht unterlassen zu sagen, daß unsere dem bürgerlichen Staat feindliche Stellung zum Ausdruck gebracht werden mußte. Hilferding hat gesagt: heute, in der bürgerlichen Demokratie sei insofern die gewaltige Aenderung gegenüber dem sogenannten Obrigkeitsstaat, daß damals die parlamentarischen Kräfte versagten, wenn sie mit außerparlamentarischen Kräften in Widerspruch gerieten. Wenn wir den scharfen Gegensatz der Sozialisten zur bürgerlichen Republik so betonen, so ist das, wie ich vorausschicke, keine Absage an die Demokratie; im Gegenteil, wir glauben, eine wahre Demokratie ist nur in einem andern Staat zu verwirklichen, als in dem, der vom Bürgertum beherrscht wird. Wir haben auf diesem von Hilferding berührten Gebiet schon unsere praktischen Erfahrungen. Ich erwähne die schwerste Situation in diesen Jahren für uns, die Frage der Ermächtigungsgesetze. Was war es anderes, als daß in einer besonders schwierigen Situation die Kräfte des Parlamentarismus hinter gewisse außerparlamentarische Kräfte zurücktraten, genau wie in der alten Monarchie. Also, die Grundzüge des Klassenstaates sind auch in der Republik geblieben.

Drittens: Die Entwicklung der Internationale, die kein Besserer als Hilferding schildern könnte, muß uns mit Notwendigkeit zu einer schärferen Konkretisierung unserer internationalen Beziehungen führen. Die Stärkung der imperialistischen Kraft auf seiten der Bourgeoisie legt es dem Proletariat auf, nachzuprüfen, ob seine internationalen Verbindungen von ihm nicht nur eine Betonung der Internationalität erfordern, und zu bedenken, ob nicht die Zeit auch für internationale Aktionen gekommen sei, die Marx schon als die erste Bedingung der Befreiung aufgezeigt hat.

Viertens befand sich in dem Erfurter Programm ein Satz über die Koalition, indem dort gesagt war: die Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundläge der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben. Aus diesem Satz haben sich für die Sozialdemokratie vor dem Krieg gewisse praktische und damals kaum angefochtene Folgerungen im Hinblick auf ihr Verhalten zu bürgerlichen Parteien ergeben. Der Satz ist jetzt gestrichen. Ich brauche das nur zu konstatieren; denn jeder weiß, was das zu bedeuten hat.

Der Schlußsatz des allgemeinen Teils heißt: In ständigem Ringen und Wirken auf politischem und wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt die Sozialdemokratie ihrem Endziel zu. In diesem Satz ist alles zusammengefaßt und abgegrenzt, was vor dem Krieg in unseren Reihen unter dem Begriff Evolution oder Revolution streitig war. Keiner wird nun im Zweifel sein, wie sich das Programm die künftige Gestaltung denkt. Ich sehe in diesem Satz eine gewisse Undankbarkeit auch gegenüber der Entwicklung, an die hier so oft appelliert wurde. Wie oft wurde hier gesagt: die Republik, wie sie jetzt ist, ist trotz allem das Werk der Arbeiterschaft von 1918 gewesen! Die Fehler, die Schwächen und Mängel der Bewegung von 1918 hundertfach zugegeben, es war doch die erste große revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterschaft. Deshalb stimmt dieses Bekenntnis zur Evolution nicht zu unserer nächsten Vergangenheit. Es wird auch nicht für unsere nächste Zukunft stimmen. Ich kann die Gründe meiner Betrachtungsweise in dieser knappen Zeit nicht im einzelnen dartun, aber ich erinnere an die visionären Sätze, die Marx im Jahre 1850 nach der damaligen Revolution schrieb: Das jetzige Geschlecht gleicht den Juden, die Moses durch die Wüste führt; es hat nicht nur eine neue Welt zu erobern, es muß untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind. Die Vision von damals war richtig, ich aber sage: es wird kein neues Geschlecht mehr aufwachsen, ehe die nächste große Welle der Arbeiterbewegung kommt; die ganze schwere Aufgabe wird noch auf dieser Generation lasten, und für diese größte Aufgabe der Arbeiterbewegung gibt dieses Programm den rechten Wegweiser nicht.

Mit dieser Maßgabe werden wir vieles, was uns in diesem Entwurf Gold scheint, durch die Entwicklung als Flitter erwiesen sehen. Deshalb glaube ich, daß es Pflicht sei, nicht um die Aktionen, die im wesentlichen unstreitig sind, zu stören, sondern dieser ferneren Zukunft willen gegen dieses Programm Zeugnis abzulegen, indem wir dagegen stimmen (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels:** Es sind noch folgende Anträge eingegangen:

Antrag Marum und Genossen:

Im Aktionsprogramm „Justiz" ist der letzte Satz, lautend „Oeffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilfindung" zu streichen.

Antrag Klupsch und Genossen:

Der Parteitag beschließt, den Programmentwurf so zu gestalten, daß unter Artikel „Kultur- und Schulpolitik" es im Abs. 3 Satz 3 nicht heißt „für kirchliche und religiöse Zwecke", sondern „für kirchliche und konfessionelle Zwecke".

Grötzsch-Dresden: Dem Genossen Levi gebe ich insofern recht, als man sich ein besseres Programm denken könnte als das vorliegende. Die Kritik zum Programm setzte sehr schwer ein, wurde dann lebendiger, so daß man das Gefühl hatte, aus dieser Kritik würde ein Entwurf der Kritik hervorgehen, denn wir Delegierten können uns nur über das entscheiden, was vorgelegt wird, nicht nach dem, wie es sein könnte. Die Genossen, die den Entwurf nicht für eine geeignete Diskussionsgrundlage hielten, hätten mit einem eigenen Entwurf hervortreten müssen, den man sich mehr aus einem Guß geschaffen denken könnte als den vorliegenden Entwurf, der alle Merkmale der Kompromißarbeit trägt.

Der Entwurf ist von einer Gewissenhaftigkeit in der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, daß es hier und da an Pedanterie grenzt. Das Beste an einem Programm soll seine Werbekraft auch auf die einfachen Gemüter sein. Wir haben niemals ein solches Programm gehabt, denn auch die einfachen Gemüter sind schwerlich von dem theoretischen Teil des Erfurter Programms gewonnen worden. (Sehr richtig!) Also auch das Kunststück, den wissenschaftlichen Sozialis-

mus in eine programmatische Form zu bringen, die wie ein Fanal wirkt, hätten wir uns gern von einem der Kritiker vormachen lassen.

Der Entwurf vermeidet alle Prophetie. Man merkt ihm an, daß wir nicht mehr in der nur agitatorischen Periode des Sozialismus, sondern in einer Periode stehen, wo die realen Aufgaben sehr hart an uns herantreten. Insofern ist dieser Entwurf von einer Vorsicht, die man gern vermieden hätte. Wir können ihn nur so annehmen oder ablehnen wie er ist. Wir glauben, daß nach einem Jahr uns ein besserer Entwurf vorliegen könnte. Ich möchte gerade meinen Freunden von der Linken sagen, daß in der gegenwärtigen Situation wahrscheinlich schon das markanteste Programm herauskommen kann. Wir wissen nicht, wie die Dinge in einem Jahre liegen. Mir erscheint nur eins sicher: daß dieser Programmentwurf nicht Hinzufügungen verträgt, denn dann würden wir den Eindruck, daß es ein Königsberger Klops ist, in dem alles drin ist, nur vermehren. Eher vertrüge er einige Streichungen, z. B. des letzten Satzes. Der Entwurf schließt:

> Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Mit diesem Satz wäre der markanteste Schluß erreicht, den der Entwurf haben kann. Aber der Entwurf fährt fort:

> In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu diesem Endziel.

Dieser letzte Satz ist eine Trivialität, weil er eine Selbstverständlichkeit ist. Außerdem ist er als Interpretation unseres realen Tageskampfes unzureichend. Darum sollte man ihn streichen.

Für die Genossen, die in dem Entwurf eine Stellungnahme zu den Wirtschaftsproblemen vermissen, kann es ein Trost sein, daß uns ein besonderes Sozialisierungs- und Agrarprogramm versprochen ist. Wir wollen hoffen, daß die Kommission, die Vorbereitungen dazu zu treffen hat, recht bald zusammentritt. Denn in diesem Punkt sind wir am verlassensten in der Partei. Die Sozialdemokratie hat zu diesem Problem der Sozialisierung überhaupt keinen Standpunkt, der von den Agitatoren draußen in einer gültigen Weise entwickelt werden könnte, weil wir bis heute vermieden haben, eine Klärung in diesen Fragen herbeizuführen. Die österreichischen Genossen haben sich damit auch praktisch beschäftigt. Genosse Levi sagt z. B.: Das Bekenntnis zur Evolution, das im letzten Satz enthalten ist, stimmt nicht. Viele unter uns wissen überhaupt nicht mehr, was sie sich unter der evolutionären Entwicklung zu denken haben. Wir stehen heute mitten in einer Wirtschaftssituation, die ihre programmatische Klärung möglichst bald finden muß. Bei uns ringen heute die verschiedenen Sozialisierungsmöglichkeiten um Geltung. Wir haben Angst bekommen vor dem, was ich den realen Utopismus nennen möchte, ohne den keine Partei auskommt, die den Weg in die Zukunft weisen will, darum möchten wir nicht vom Parteitag fortgehen, ohne bei dieser Diskussion den Appell zu erlassen, daß eine Wirtschaftssozialisierungskommission uns endlich einmal sagt, wie die Gesamtpartei sich die evolutionäre Entwicklung im Wirtschaftssozialismus denkt. (Beifall.)

Hackelberg-Altona: Mit dem grundsätzlichen Teil des Programmentwurfs kann wohl jeder, der die Geschichte unseres Programmwesens verfolgt hat, einverstanden sein. Alle strittigen Punkte des Erfurter Programms sind in geschickter und grundsätzlicher Weise so formuliert, daß die Formulierung mit der theoretischen Erkenntnis der Dinge übereinstimmt. Ich habe hauptsächlich das Wort genommen, um darauf hinzuweisen, daß es in taktischer wie in prinzipieller Beziehung ein Fehler ist, eine Forderung nicht aufzustellen, die seit Jahren in allen Programmen zu finden war. In allen Programmen ist die Forderung

aufgestellt, die Religion als Privatsache zu erklären. Im Görlitzer Programm hat diese Erklärung noch eine geschicktere Prägung dadurch erfahren, daß es hieß: Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache. Was ist denn nun in den letzten Jahren geschehen, daß man diesen so selbstverständlichen Satz in den Entwurf nicht aufnimmt? Das erschwert uns die Agitation außerordentlich. Wir Parteisekretäre, die wir die Agitation in den kleinen Orten zu betreiben haben, wissen, welche Dienste uns die bisherige Fassung des Programms leistete. Wir haben in Gegenden zu wirken, wo nicht nur der katholische Geistliche die Obermacht hat, sondern auch in evangelischen Gegenden, wo wir uns gegen die Demagogie der Deutschnationalen und Völkischen wehren müssen. Da war es für uns gut, wenn wir auf unser Programm hinweisen konnten, wo unsere Meinung klar ausgesprochen war. Das fällt in dem vorliegenden Entwurf weg.

Unsere Partei muß einen solchen Programmpunkt haben. Auch der demokratischste Staat wird immer ein Zwangsinstitut sein. Aber es gibt ein Gebiet, wo das Individuum zu seinem Recht kommen muß. Das ist das Gebiet der Denk- und Glaubensfreiheit, der religiösen Ueberzeugung. Wir machen einen Fehler, wenn wir das nicht in unserem Programm zum Ausdruck bringen. Ich bitte daher, unserem Antrage zuzustimmen und die Fassung des Görlitzer Programms auch in unseren jetzigen Entwurf hineinzubringen. (Beifall.)

Nölting-Frankfurt a. M.: Wir fühlen wohl alle, wie heute die Geschichte durch diesen Saal schreitet. Ich hätte es gern, wenn wir das auch äußerlich durch unser Verhalten stärker zum Ausdruck brächten. Es ist verständlich, daß wir mit einer gewissen Bangigkeit den Schritt tun, den wir gehen müssen, denn es ist ein Schritt in Ungewißheit und Dunkelheit hinein. So ist es selbstverständlich, daß eine gewisse Wehmut zurückbleibt, wenn wir das überdenken, wovon wir hiermit Abschied nehmen müssen. Die Umrisse des Neuen, das am Horizont aufsteigt, erkenne ich vor allem darin, daß stärker die willensmäßigen und aktivistischen, ich könnte auch sagen, die politischen Tendenzen in unser neues Programm hineindrängen. Die soziologische Analyse eines Marx, ewig groß und unvergessen, wird heute in ein politisches Aktionsprogramm übersetzt. Nicht so, daß wir damit von dem Abschied nehmen, was wir bisher glaubten, daß wir in das rationale, ungeschichtliche Denken des 18. Jahrhunderts zurückfielen, in jenen Wunderglauben, daß der freie Wille zu allen Zeiten und überall souverän die Möglichkeit seiner Verwirklichung fände. Es bleiben die Gegebenheiten politisch-ökonomischer Struktur maßgebend. Auch auf Grund dieses neuen Programms werden wir nicht predigen, sondern Politik treiben. Unser Weg zum Sozialismus ist nicht in erster Linie pädagogisch-ethischer, sondern politischer Art. Diese politisch-ökonomischen Gegebenheiten aber stecken immer nur den Rahmen des M ö g l i c h e n, nicht aber den Rahmen des Notwendig-Zwangsläufigen ab. Die naturalistische Zwangsläufigkeit des Geschehens, die vielfach wie ein Alp auf uns gelastet hat, die fällt nunmehr ab. Nicht eine zwangsläufige automatische Entwicklung arbeitet für uns, unser an den politisch-ökonomischen Gegebenheiten geschultes Wollen, unser politischer Instinkt, unser Haß, unsere Sehnsucht und unsere Opferbereitschaft, das sind die Entwicklungsfaktoren. Wir wissen zu schätzen, wovon wir Abschied nehmen. Das alte Programm hat geleistet, daß die Sozialisten, die damals in Verschwörerklubs und versprengten Konventikeln in allen Landen saßen, sich zu einer großen Einheitsorganisation zusammenfanden. Es hat den Schichten, die ein Heute nicht hatten, das große Morgen gegeben. Es hat dem Elends- und Abfallhaufen der kapitalistischen Gesellschaft, der sich damals Proletariat nannte, das frohe Evangelium verkündet: Ihr werdet Eckstein sein einer kommenden Ordnung. Es hat uns den Traum gegeben. Wenn die Bürgerlichen von Verhetzung reden, dann sage ich: Wehe, wenn wir damals nicht geträumt

hätten, wenn damals nicht der prophetische Funken eingeschlagen wäre bei uns! Dann wäre die lichte Kultur hinweggeschwemmt worden von einer Stallrevolte. Wir alle wissen: wir treten ein großes Erbe an. Wir hoffen, daß der politische Wille, den wir bilden mit diesem neuen Programm, so stark sein wird, wie die Sehnsucht von damals. Denn es wird Stärke notwendig sein, wenn wir das nüchterne Tageslicht aushalten wollen, wenn uns nicht die Sehnsucht überkommen soll, in die Dunkelheit zurückzukriechen, wo wir bisher ohnmächtig träumten. Das möchte ich jenen sagen, die heute darum bangen, ob wir auch noch revolutionär genug sein werden unter den neuen Formeln. Ueberlassen wir es den Kommunisten, in unsern ausgetretenen Kinderschuhen einherzulaufen! Heute ist der nüchterne Arbeitskittel, in dem wir ans praktische Werk gehen, revolutionärer als die rote Rebellentoga, die wir einstmals getragen haben. Mit diesem nüchternen Wirklichkeitsblick sehen wir das heutige Geschehen an. Mit ihm fassen wir zunächst den Staat ins Auge. Es gefällt mir nicht, wenn ohne Einschränkung gesagt wird: wir nehmen eine andere Stellung zum Staat ein. Das ist unklar. Dem alten Staat standen wir doppelt feindlich gegenüber. Er war formal Obrigkeitsstaat, und wir haßten ihn darum. Und er war materiell kapitalistischer Ausbeuterstaat, und das war der zweite Grund unseres Hasses. Heute hassen wir nicht mehr seine Form. Dagegen ist hassenswert geblieben sein kapitalistisch-plutokratischer Inhalt, der sich ständig weiter befestigt. Deshalb geht es nicht mit der frommen Parole Brögers, daß der ärmste Sohn des Staates auch immer sein getreuester sei. Auch unsere Opferbereitschaft hat ein Ende. Die Form ist uns nur der erfolgreichere Kampfboden, auf dem wir zu neuem Angriff anspringen.

Mit dem gleichen Wirklichkeitsblick sehen wir die Sozialisierung. Die große Wunderformel: Expropriation der Expropriateure! genügt heute nicht mehr. Ich sprach einmal als junger Student in Berlin über die Sozialisierung, und ein schnoddriger Fabrikantensohn stand auf und sagte: Nun gut, ich will meinen Betrieb sozialisieren lassen; können Sie mir Straße und Telephonnummer Ihrer „Gesellschaft" angeben? Ich mußte schweigen, aber ich hoffe, daß es mir in meinem Mannesalter noch einmal möglich sein wird, die Antwort darauf geben zu können, die ich in meiner Jünglingszeit schuldig blieb, wo die gesellschaftlichen Instanzen sitzen, die die privatkapitalistischen Betriebe zu übernehmen vermögen.

Noch ein Letztes! Wir sehen mit diesem nüchternen Wirklichkeitsblick, von dem ich sprach, auch im politischen Raum uns heute anders um. Die kapitalistische Basis wird immer schmaler. Die Verhältnisse spitzen sich zu, und dadurch stoßen Schichten zu uns, an die wir heran müssen mit unserer Werbung. Die marxistische Analyse: hie Proletarier, hie Bourgeois! — dieser soziologische Dualismus ist zu primitiv. Es wimmelt im politischen Raum von allerlei Mittelschichten und Zwischenfiguren, an die wir herankommen müssen. Das sind die Bauern, die Beamten, die Intellektuellen, das ist der neu aufgebaute Mittelstand und die alte durchaus nicht niederkonkurrierte Gewerbeschicht. Dafür brauchen wir neue Parolen. Sie können nicht aufs Land gehen, wenn Sie dem Bauer sagen: Wir schaffen den lieben Gott ab und wir sozialisieren euer Eigentum. Damit erweckt man nicht Gegenliebe. (Sehr wahr!) Diese Schichten haben eine andere soziologische Struktur, sind alte Ordnungsschichten von reichem Kulturbesitz. Wir kommen an diese nicht so leicht illusionären und weniger suggestiblen Schichten nur mit einem nüchternen, elastischen, politischen Wirklichkeitssinn aufweisenden Gegenwartsprogramm heran. (Sehr wahr!) Deshalb freue ich mich, daß wir die Zweiteilung vorgenommen haben, daß wir neben die grundsätzlichen Erklärungen ein bewegliches Aktionsprogramm gestellt haben, so daß wir nicht immer in der Paradegarnitur einherschreiten müssen bei der politischen Werktagsarbeit, sondern daß wir nun auch den Arbeitsrock besitzen.

Wir fühlten alle heute morgen, als Hilferding sprach, die Hammerschläge niedergehen und den Mörtel, der niederfiel. Aber ich sage: Werden wir nicht bange darum! Wir nehmen nicht von jenem Marx Abschied, der mit der souveränen Freiheit des überlegenen Geistes seinen Jüngern einmal sagte: Moi, je ne suis pas Marxist. Ich bin ja selbst kein Marxist. Mit jenem Marx gehen wir in die neue Phase der Verwirklichung des Sozialismus ein, an die wir heute rühren. Wir werden jetzt nicht immer nur vom Ziele träumen können. Es werden uns auch die Kilometersteine am Wege wichtig werden müssen. Verlören wir aber dabei unser Ziel und unsere Sehnsucht aus dem Auge, dann wären wir ein Wirtschaftsstand und Interessenverband wie jeder andere, und nicht mehr die Kreuzritterschaft mit dem geheimen Kreuzfahrerabzeichen auf der Achsel, das es vielen von uns ja erst möglich macht, innerhalb des Sozialismus zu leben. Gewiß, wir werden nicht mehr mit den großen rollenden Formeln deklamieren können. Wir konnten es schon lange nicht mehr, und wir bekommen durch das neue Programm endlich das ehrliche Gewissen wieder. Gewiß wir werden Flickarbeit leisten müssen an dieser miserabelsten aller Welten. Aber in dieser Stunde beschwören wir den guten, alten Geist, uns zu behüten, daß wir, wenn wir gleich Flickarbeit leisten, doch nicht Flickschuster dabei werden. (Lebhafter Beifall.)

Helwes-Hannover: Mein Vorredner hat es begrüßt, daß ein elastisches Gegenwartsprogramm — er meint Agrarprogramm — herauskommen würde. Mich befriedigt das Programm aber noch nicht ganz. Ich weiß, wie es draußen aussieht, weil ich Tausende von Kleinbauern zu vertreten habe. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unbedingt etwas geschehen muß. Wer draußen auf dem Lande arbeitet, weiß, daß wir in der nächsten Zeit mit Umwälzungen in wirtschaftlicher Beziehung zu rechnen haben. Wir müssen dem Kleinbauer etwas bieten. Im Landbund kriselt es schon ganz bedeutend. — Wenn wir Stimmen gewinnen wollen, müssen wir versuchen, vor allem die Kleinhandwerker wieder zu uns herüberzuziehen. Das ist aber nicht möglich, wenn wir den Leuten nichts bieten. Jahrelang schwebt uns ein sozialdemokratisches Argrarprogramm vor. Genosse David hat sich stark dafür eingesetzt. Auf dem vorigen Parteitag hat der Genosse Helling einen Vortrag über unser Bodenprogramm gehalten. Wir sind seitdem noch nicht weitergekommen. Darum möchte ich Sie bitten: Schaffen Sie einige Sätze in dem jetzigen Programm, die die Grundlage dafür geben sollen, was später zu geschehen hat. Material ist genügend vorgelegt worden. Wir müssen versuchen, die Krise im Landbund auszunutzen, dann werden wir auch vorwärtskommen und die Stimmen wiederbekommen, die uns verlorengegangen sind. Ich weiß, wie der Landbund arbeitet. Man sagt uns auf dem Lande: Ihr tut nichts für uns. Man erlebt, daß organisierte Landarbeiter und Reichsbannerkameraden zugleich Mitglieder des Landbundes sind. Warum ist es uns bisher nicht gelungen, die großen Massen der Landarbeiter für uns zu gewinnen? Weil die Referenten, die auf das Land gehen, kein Material besitzen, weil die Partei kein Agrarprogramm geschaffen hat. Daher muß unbedingt in das Programm ein entsprechender Abschnitt aufgenommen werden; dann kommen wir vorwärts. Von Schwerin in Mecklenburg ist beantragt worden, folgende Bestimmung in das Agrarprogramm aufzunehmen: Staatlicher Grund und Boden ist nicht an Private als Eigentum abzugeben. Für Mecklenburg-Schwerin mag das zutreffen. Für viele andere Gebiete trifft es nicht zu. Weiter wird in dem Antrag verlangt: Der Grund und Boden zur Neu- und Anliegersiedlung ist vom privaten Großgrundbesitz zu nehmen.

In Westfalen, Hannover und in anderen Gebieten liegen die Verhältnisse ganz anders. Da haben wir vielerorts Ländereien, die nur als staatliche anzusehen sind. Wenn die Landbedürftigen Land zu Anliegersiedlungen oder zur Schaffung von Heimstätten haben wollen, dann sind sie auf staatlichen Grund-

besitz angewiesen. Daher möchte ich bitten, diese beiden Sätze des Schweriner Antrages nicht anzunehmen, und im Agrarprogramm nur zu sagen: „Soweit Domänenland nicht in Frage zu kommen braucht, soll da, wo Großgrundbesitz vorhanden ist, in erster Linie auf den Großgrundbesitz zurückgegriffen werden." Wo die Verhältnisse umgekehrt liegen, muß auch Domänenland zur Verfügung gestellt werden. Auf alle Fälle müssen einige grundlegende Sätze in unser Programm aufgenommen werden; das kann dann der Anfang eines Agrarprogramms sein. Dann haben wir eine Waffe in der Hand, mit der es uns gelingen wird, die Hunderttausende von Landarbeitern und Kleinbauern auf unsere Seite zu bringen, und dann hat die Stunde der Reaktion in Deutschland geschlagen. Wenn wir in den Jahren 1918, 1919 und 1920 mehr Einfluß auf die ländliche Bevölkerung gehabt hätten, wäre die Reaktion nicht so stark geworden und Hindenburg hätte nicht so viele Stimmen bekommen. Wir müssen Einfluß auf dem Lande erringen; das können wir aber nur, wenn wir den Leuten etwas bieten, wenn wir ein Agrarprogramm haben. Erst dann werden unsere Referenten Erfolg haben, wir werden wieder Boden gewinnen, und dann ist es aus mit der Reaktion in Deutschland. (Beifall.)

Marum-Karlsruhe: Ich bitte Sie, mir für einige Augenblicke aus dem Gebiet der großen idealen und theoretischen Erörterungen in das Gebiet der Tagespolitik zu folgen. Wir sind der Meinung, daß aus dem Aktionsprogramm im Kapitel Justiz der Satz gestrichen werden muß: „Oeffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung". Das ist etwas ganz Unmögliches. (Sehr wahr!) Ich verkenne nicht, daß in dem einen oder anderen Kanton der Schweiz diese öffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung vorhanden ist. Ich verkenne auch nicht die Beweggründe, die für die nachträgliche Aufnahme dieses Satzes in das Aktionsprogramm vorgebracht werden. Man wollte offenbar eine Kontrolle der Justiz ermöglichen. Aber dieses Mittel ist durchaus ungeeignet und wird das Gegenteil erreichen. Jeder Parteigenosse, der einmal Schöffe, Geschworener oder Beisitzer an einem Gewerbe- oder Kaufmannsgericht gewesen ist, wird mir bestätigen, daß es ganz unmöglich ist, auf öffentlichem Markte alle diese Dinge zu besprechen. (Sehr richtig!) Es wäre dann nicht mehr nötig, bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten Beisitzer zu wählen, sondern dann könnte man dem Vorsitzenden die Entscheidung überlassen. Sie werden doch nicht glauben, daß ein Arbeitgeber in einem Gewerbegerichtsverfahren öffentlich zugunsten der Arbeiter stimmt, ohne fürchten zu müssen, dem Terror seiner Arbeitgeberverbände ausgeliefert zu sein. Was die politische Justiz anlangt, so wären in dem größten Teil Deutschlands die Schöffen und Geschworenen dem reaktionären Terror ausgeliefert (sehr richtig!) und hätten nicht den Mut, in einer öffentlichen Beratung zugunsten der Wahrheit und Gerechtigkeit ihr Votum abzugeben. Es gibt aber auch manche Momente, die die Laienbeisitzer verhindern, ihre Meinung öffentlich zu sagen. Ebensowenig wie beispielsweise die Sitzungen der Gemeinderäte oder die Wahlen öffentlich sind, können die Beratungen der Gerichte öffentlich sein. Ich möchte deshalb dringend bitten, den Passus wieder zu streichen. Sie wollen eine demokratische gerechte Justiz erzielen. Sie würden aber bei dem Mangel an Zivilcourage, der leider heute bei vielen Beisitzern der Gerichte noch vorhanden ist, nur eine reaktionäre Justiz herbeiführen. (Beifall.)

Löwenstein-Berlin: Ich habe es begrüßt, daß in dem neuen Programmentwurf der Satz des Erfurter Programms „Religion ist Privatsache" verschwunden ist. Dieser Satz war irreführend. Er hat niemals bedeuten sollen, daß die Religion keine gesellschaftliche Angelegenheit ist, weder im positiven noch im negativen Sinne, sondern dieser Satz sollte nur den Gegensatz zu dem weltlichen Staat festlegen. Aus dem Gedanken des weltlichen Staates heraus sollte gesagt werden, daß seitens des Staates keinerlei Einflußnahme auf diese Dinge

zu erfolgen hat. Die Formulierung in dem neuen Programmentwurf ist nach beiden Richtungen hin klarer und eindeutiger. Sie besagt: „Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung und Bildung sind weltlich; jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen". Das sagt klipp und klar, um was es sich handelt, sagt auch ganz deutlich, daß natürlich jeder sich nach seinen religiösen Erlebnissen oder nach seiner Weltanschauungsgemeinschaft orientieren kann; aber das bedeutet nicht, daß diese Angelegenheiten damit zur Privatsache geworden sind.

Dann liegt ein Antrag vor, der eine Umänderung in dem Sinne bezweckt, daß keine Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und konfessionelle Zwecke gemacht werden dürfen. In dem vorliegenden Entwurf ist nur von religiösen Zwecken die Rede. Ich glaube, daß dieser Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt werden muß. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß der Staat sich um Weltanschauungsgemeinschaften wie um religiöse oder kirchliche Gemeinschaften nicht zu kümmern hat, sondern weltlich ist, dann können wir nicht nur kirchliche und konfessionelle Gemeinschaften, sondern müssen auch Weltanschauungsgemeinschaften von der Bevormundung und Bevorzugung von dem Staat ausschließen, selbst Weltanschauungsgemeinschaften, die uns nahestehen. Nicht aus Gründen irgendwelcher Philosophie oder irgendwelcher Religionserlebnisse, sondern aus der soziologischen Stellung des Staates heraus als einer weltlichen, öffentlich-rechtlichen Gemeinschaft haben wir diese Dinge abzulehnen.

Hilferding (Schlußwort): Parteigenossinnen und -genossen! Wie nicht anders zu erwarten war, ist eine ganze Reihe von Einzelanträgen, namentlich zum Aktionsprogramm, gestellt worden. Von verschiedenen Seiten wurde bemängelt, von anderer Seite begrüßt, daß der Satz „Religion ist Privatsache" nicht in das Programm aufgenommen worden ist. Ich möchte zunächst erklären, daß in keiner Weise eine Aenderung der prinzipiellen Stellung der Partei zur Religion, wie sie in diesem Satz zum Ausdruck kam, beabsichtigt ist. (Sehr wahr!) Wir haben gemeint, daß durch die Ausdrücke „Trennung der Kirche vom Staat, Trennung der Schule vom Staat, keine Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke" das, was in dem Satz „Religion ist Privatsache" enthalten war, seine politische Formulierung gefunden hat. Nur in diesem Sinne ist die Weglassung zu verstehen. Damit dürften die Bedenken im wesentlichen ausgeräumt sein.

Eine zweite Frage, die umstritten wurde und die zuletzt der Genosse Marum berührte, bezieht sich auf den Satz im Justizprogramm „Oeffentliche Beratung bei der Urteilsfindung". Dieser Satz stand nicht in dem ursprünglichen Programmentwurf. Er ist hineingekommen, nachdem der Parteiausschuß die Programmkommission durch einen Juristen verstärkt hat. (Heiterkeit.) Es handelt sich hier nach meiner Meinung nicht um eine besonders aktuelle Frage. Ich persönlich sehe keine Veranlassung, mich gegen einen Beschluß der Programmkommission zu wenden. Hier wird der Parteitag entscheiden können. Als Referent der Programmkommission bin ich für unveränderte Annahme.

Dann ist eine Reihe von Spezialwünschen geäußert worden, namentlich zu dem wichtigen Kapitel der Gesundheitspflege. Ueber diesen Punkt ist in den Beratungen des Parteivorstandes ausführlich gesprochen worden. Wir waren der Meinung, daß dieser Punkt es seiner Wichtigkeit nach verdient, einmal ausführlich in einem Referat auf dem Parteitag zur Sprache gebracht zu werden und daß wir uns infolgedessen gegenwärtig mit der Formulierung des Programms begnügen können. Ich möchte Sie also bitten, mit der stilistischen Abänderung, die die Genossinnen vorgeschlagen haben und die dahin geht, von dem

„gleichen Erwerbsrecht für die Frauen" statt nur vom Erwerbsrecht zu sprechen, die Formulierung des Entwurfs anzunehmen und damit die Anträge, die zum Programm gestellt worden sind, für erledigt zu erklären, mit Ausnahme der Anträge, die zum Agrarprogramm eingebracht worden sind. Es handelt sich um einen Antrag Heidelberg und einen Antrag Schwerin. Ich bitte, diese Anträge dem Parteivorstand und durch ihn der Agrarkommission zu überweisen.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich über die Frage des Agrarprogramms noch ein Wort sagen. Die Genossen, die das Bedürfnis nach Richtlinien für ihre Landagitation haben, besitzen bereits jetzt ein überreiches Material, einmal in dem prinzipiellen Antrag der Reichstagsfraktion zum Bodenprogramm, dann aber auch in dem Referat und in der Debatte auf dem letzten Berliner Parteitag. Unterdessen hat die Diskussion über das Agrarprogramm namentlich in der „Gesellschaft" in sehr vielversprechender Weise eingesetzt. Ich empfehle Ihnen vor allen Dingen das Studium der Beiträge, die von Dr. Baade und Dr. Krüger zu dieser Frage beigesteuert worden sind. Ich habe die feste Zuversicht, daß es einer vom Parteivorstand bald einzusetzenden Agrarkommission gelingen wird, bis zum nächsten Parteitag ein Agrarprogramm vorzulegen; aber ich möchte davor warnen, eine solch schwierige Frage ohne eingehende theoretische Diskussion in unseren wissenschaftlichen Organen, in unserer Parteipresse und in unseren Parteiorganisationen schon jetzt zu entscheiden und damit dem künftigen Parteitage vorzugreifen. Daher bitte ich Sie, die Anträge über die Agrarfrage dem Parteivorstand als Material zu überweisen.

Nun einige Ausführungen zu den Darlegungen der Genossen Nölting und Levi. Genosse Nölting, der eine Reihe sehr beachtenswerter Gedanken in eine sehr schöne Form gekleidet hat, möge entschuldigen, wenn ich ihm in einem Punkte widerspreche. Wenn er von Abschiedsstimmung gesprochen hat, so möchte ich sagen: ich und viele andere sind durchaus nicht in Abschiedsstimmung gegenüber dem Erfurter Programm. Vielmehr glaube ich, daß die Arbeit, die hier vom Parteitag geleistet werden soll, eine Erneuerung, ein Wiederaufleben, eine Wiederbestärkung der unerschütterten Grundsätze ist, die in der Analyse der kapitalistischen Wirtschaft durch Marx enthalten sind. (Sehr wahr!) Wir haben das Veraltete entfernt, wir haben das ausgeschaltet, worüber wir nicht mit aller Bestimmtheit sprechen können. Wenn Genosse Grötzsch gemeint hat, das Programm verrate allzuviel wissenschaftliche Genauigkeit, ja einigermaßen Pedanterie, so hat er damit meines Erachtens ein großes Lob ausgesprochen; denn wenn man wissenschaftlich analysiert, kommt es gerade auf die Genauigkeit, auf die wissenschaftliche Bedenklichkeit an. (Sehr wahr!) Diese wissenschaftliche Genauigkeit hat ja auch den Verfasser des Erfurter Programms geleitet. Nur dadurch ist es möglich, daß in dem Programm, soweit menschliches Vermögen und menschliches Erfassen gehen, nichts gesagt wird, was nicht vor der historischen Kritik — und die Geschichte ist die beste Marxistin — standhält. Die einen Diskussionsredner sprachen vom Ewigkeitswert, die anderen sprachen davon, es solle nur ein Beginn sein. Nun, ich hoffe doch, daß das Heidelberger Programm, das, wie gesagt, in wesentlichen Teilen eine Erneuerung des Erfurter Programms ist, ebenso wie dieses das Geschick haben wird, daß seine grundsätzliche Analyse von der geschichtlichen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte bestätigt werden wird.

Die einzige sozusagen grundsätzliche Kritik ist geübt worden von dem Genossen Levi. Ich muß allerdings sagen, daß mir nicht alles in diesen Ausführungen klar geworden ist. Genosse Levi hat davon gesprochen, daß diese Generation durch die Wüste gegangen sei. Ich glaube, schon das ist nicht richtig. Wir haben Ungeheuerliches erlebt. Aber es war Großes und Unvergängliches, was wir dabei erfahren haben, und wir haben nicht das Gefühl, durch die

Wüste gewandert zu sein. Genosse Levi meinte, diese Generation, die durch die Wüste gegangen sei, müsse zugrunde gehen, damit die neue Generation ihre großen Aufgaben erfüllen könne. Das war nicht die Ansicht über proletarische Entwicklung, über sozialistische Aufgaben, die Marx und Engels ausgesprochen haben. Keine Arbeitergeneration darf zugrunde gehen (lebhafte Zustimmung), am wenigsten diese Generation, die durch alle diese Drangsale hindurchgegangen ist, die so viele Prüfungen durchgemacht, so schwer erworbene Erfahrungen gesammelt hat. Wir brauchen gerade diese Generation, damit sie weiterkämpft und die Jugend lehrt, wie sie in der Zukunft zu kämpfen hat. (Sehr richtig!). Wenn Genosse Levi revolutionäre Tendenzen in dem Programm vermißt, so ist auch das nach meiner Ueberzeugung eine ganz falsche Auffassung von dem, was wirklich revolutionär ist. Wir leben in einer revolutionären Zeit, weil es keinen größeren Umwälzer, keinen größeren Revolutionär gibt als den Kapitalismus, als das Kapital und seinen notwendigen Widerpart, die Arbeiterklasse, die sich aus innerer Notwendigkeit, aus innerer Gesetzmäßigkeit gegen das Kapital erhebt, um eben jene Revolution, die das Kapital anfängt, politisch und sozial zu vollenden. Deswegen braucht man nicht fortwährend von Revolution zu sprechen. (Sehr richtig!) Ich bin hier vollkommen einig mit Engels, der im Jahre 1881 an Eduard Bernstein schrieb:

„Ich finde Ihre Ansicht über die dem Blatt zu gebende Haltung ganz übereinstimmend mit der meinen. Ich freue mich auch, daß in der letzten Zeit nicht mehr so viel Aufwand mit dem Wort „Revolution" gemacht wird wie zuerst. Das war anfangs ganz gut nach der Abwiegelei von 1880. Aber jetzt ist es besser, auch gegenüber Most, vor großen Phrasen auf der Hut zu sein."

Was damals Most war, sind heute die Kommunisten. Ich glaube, daß wir gerade durch wirkliche wissenschaftliche Analyse und nicht durch vielen Gebrauch des Wortes „Revolution" am besten den Kampf gegen die Kommunisten führen können. (Sehr wahr!) Allerdings darf man das Programm nicht so lesen, wie es der Genosse Levi gelesen hat; so darf man weder das Erfurter noch das Heidelberger Programm lesen. Genosse Levi hat z. B. gesagt, die Weglassung des Satzes, der, glaube ich, im kommunistischen Manifest steht und der im Erfurter Programm schon in eine andere Form gekleidet worden ist, nämlich des Satzes „Der Befreiungskampf der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein", verbiete jede Koalitionspolitik. Auf diese Auslegung ist wirklich noch niemand gekommen. Was ist das aber für eine Auffassung von Koalitionspolitik, zu meinen, daß während der Koalitionspolitik der Klassenkampf irgendwie ruhe? (Sehr gut!) Der Klassenkampf muß gerade im Schoße von Koalitionsministerien, in der Zeit, in der Sozialdemokraten Koalitionsminister sind, mit besonderer Wachsamkeit, unter Umständen auch mit besonderer Schärfe geführt werden. (Zustimmung.) Unter bestimmten Bedingungen kann die Notwendigkeit einer Koalitionsregierung gegeben sein, aber damit wird nie die Notwendigkeit aufhören, den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Forderungen soweit wie irgend möglich zu steigern. (Sehr richtig!) Es wäre ein schwerer Fehler unserer Agitation, eventuell die andere Möglichkeit heraufzubeschwören, daß Koalitionsregierungen eine Abschwächung des Klassenbewußtseins werden. Nur eine schlechte und ungenügende Verteidigung oder falsche Angriffe auf die Koalitionspolitik können eine solche Wirkung haben. (Sehr wahr!)

Genosse Levi hat auch in dem Programm eine klare Stellung zum Staat vermißt und hat Ausführungen gemacht, von denen ich gleichfalls wünschte, daß sie einmal durch ein prinzipielles Referat auf einem der nächsten Parteitage so klar gestellt würden, daß die Mißverständnisse endlich aufhören. Levi hat offene Türen eingerannt, als er sagte, daß wir mit der bürgerlichen Republik,

wie er sie nannte, nicht zufrieden sein dürften. Ich möchte denjenigen Parteigenossen, und wenn es der äußerste Revisionist wäre, sehen, der sagen würde, wir sollten mit der bürgerlichen Republik zufrieden sein. (Lebhafte Zustimmung.) Aber gewöhnen wir uns doch endlich an jene begrifflichen Unterscheidungen, die absolut notwendig sind, wenn wir auch nur eine Diskussion über den Staatsbegriff anfangen wollen. Wovon sprechen wir, wenn wir von der Republik, von der Demokratie sprechen? Wir sprechen von einer bestimmten politischen Kategorie, von einer bestimmten Art, den Willen der Massen zum Ausdruck zu bringen und danach das Regierungssystem zu gestalten. Ich habe schon in meinem Referat erwähnt: diese politische Form der Demokratie, diese politische Form der demokratischen Republik wollen wir, wollen wir sogar als etwas Absolutes, als etwas ohne Einschränkung, weil diese politische Demokratie, die Republik ein ungeheuerer Fortschritt gegenüber jeder anderen Staatsform ist. Lassen wir uns doch nicht durch die Episode des Bolschewismus darin irre machen, daß sämtliche Arbeiterparteien nicht aus einer Doktrin heraus, sondern aus der Notwendigkeit ihres Kampfes stets in den Vordergrund ihres politischen Kampfes den Kampf um die Demokratie, den Kampf um die Republik gestellt haben. Wir wollen diese politische Demokratie, weil sie zugleich der beste Kampfesboden für das Proletariat ist, weil in der politischen Demokratie das Ringen der einzelnen Klassen um den Einfluß im Staate am unverhülltesten zum Ausdruck kommt, ganz anders als in einem Nationalitätenstaat, ganz anders, als in einem zaristischen System oder in dem halbkonstitutionellen System der deutschen Monarchie. Deswegen ist uns Sozialisten vom Standpunkt der Arbeiterklasse die Erhaltung der demokratischen Republik an sich von sehr großem Wert.

Aber dann gibt es die andere Seite: die demokratische Republik kann politische Form sein nicht nur für ein sozialistisches Gemeinwesen, sondern auch für ein bürgerliches Gemeinwesen. Diese politische Form, die dieselbe bleibt, müssen wir uns erhalten. Ich unterstreiche nochmals, was Rosa Luxemburg gerade in dieser Beziehung über die Notwendigkeit der Demokratie in der Zeit der Herrschaft der Arbeiterklasse geschrieben hat.

Diese politische Form, die dieselbe bleibt, müssen wir uns also auch für ein sozialistisches Gemeinwesen erhalten, und sie bleibt auch die politische Bewegungsform für die Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, für die letzte Periode der kapitalistischen Herrschaft, die zwar noch das Kapital stark genug steht, um die *sociale* Abhängigkeit der Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten, in der aber andererseits die Arbeiterklasse politisch stark genug ist, um die alten *politischen* Herrschaftsformen der direkten politischen Abhängigkeit, der direkten Beherrschung der Besitzlosen auf Grund der Ungleichheit des Wahlrechts, der Einrichtung einer erblichen Monarchie usw. auszumerzen. Wir sprechen also einmal von einer bestimmten *politischen*, das andere Mal von einer bestimmten *sozialen* Kategorie, nämlich von der Tatsache einer kapitalistischen Wirtschaft, und diese kapitalistische Wirtschaft wollen wir beseitigen. Wir sagen aber: Dazu ist die Eroberung der Staatsmacht in der demokratischen Republik der beste Weg. (Sehr richtig!) Deshalb ist es einfach falsch, wenn man sagt, wir — irgendwelche Richtungen in der Partei — unterscheiden uns durch unsere Stellung zum Staat. Sie, die Sie sich „Linke" nennen, müssen im Ernstfall genau so für die Republik eintreten, Sie müssen in aller Zukunft genau so die demokratische Republik aufrechterhalten wie jeder andere; wozu also eine ganz falsche Formel hineintragen, die unser wirkliches Ziel, das soziale Ziel, nicht berührt.

Deshalb halte ich die Kritik Levis am Programm für falsch, weil sie mit einem Doppelbegriff arbeitet. Einmal wird das Wort Demokratie in seinem

politischen Sinn gebraucht, andererseits in dem Sinn, in dem wir von Wirtschaftsdemokratie sprechen, was nichts anderes ist als Sozialismus. Daß wir die bürgerliche Gesellschaftsordnung bekämpfen, daß wir an ihre Stelle eine sozialistische setzen wollen, daß es also niemand gibt, der diese „bürgerliche Republik", um diese ganz falsche Verbindung zu gebrauchen, als etwas Letztes ansieht, ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß man wirklich nur durch eine unmögliche Auslegung in unserem Programm einen Widerspruch, einen Mangel an Prinzipien oder eine Unzulänglichkeit sehen kann.

Ebenso kann ich auch die Behauptung des Genossen Levi nicht zugeben, wir übersähen, daß auch innerhalb der bürgerlichen, der demokratischen Republik außerparlamentarische Kräfte am Werk sein können. Wer wollte das leugnen? Wir haben es im Kapp-Putsch erlebt. Welche Haltung hat aber die sozialdemokratische Partei eingenommen? Sie hat diesen reaktionären außerparlamentarischen Kräften die große außerparlamentarische Kraft des Generalstreiks entgegengesetzt, damit die außerparlamentarischen Kräfte niedergeschlagen, um zur normalen Funktion der parlamentarischen Kräfte zurückzukehren. (Sehr richtig!) Das ist eine ganz selbstverständliche Haltung. Deshalb ist es ebenso selbstverständlich, daß wir den Aufbau und die Erhaltung der Republik an die Spitze des Verfassungsprogramms gestellt und in den theoretischen Teil aufgenommen haben, weil wir tatsächlich in dieser politischen Form unter den besten Bedingungen und mit der meisten Aussicht auf Erfolg um unser Endziel kämpfen können.

Ich kann dem Genossen Levi nicht in Einzelheiten folgen, aber wenn er die Formulierung über die internationalen Aktionen für ungenügend hält, so kann ich auch das nicht für berechtigt anerkennen. Wir haben ausdrücklich im Programm gesagt: Wir kämpfen solidarisch verbunden mit allen andern Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterinternationale nicht nur um die Verwirklichung des Sozialismus, sondern auch in gemeinsamen Aktionen gegen alle Vorstöße des Faschismus und Imperialismus. Ich glaube, damit ist alles gesagt, was in einem allgemeinen Programm zu sagen ist. Gerade unsere Haltung auf den internationalen Kongressen hat immer wieder bestätigt, daß, wo die Möglichkeit für solche internationalen Aktionen gegeben ist, wir uns mit aller Kraft daran beteiligen. Lassen Sie mich aber noch eins sagen. Gewiß, die imperialistischen Tendenzen sind stark. Vieles davon ist durch die neueste Entwicklung unberührt geblieben. Andererseits aber dürfen wir auch nicht übersehen, daß die imperialistischen Tendenzen nur die politische Umsetzung bestimmter ökonomischer Tendenzen sind. Gerade infolge ihrer politischen Natur sind die jeweiligen imperialistischen Mittel und Ziele wandelbar und Aenderungen unterliegend. Gerade der letzte Krieg hat wesentliche Bedingungen dafür geschaffen, um uns zu erlauben, in gewissem Sinn auch von einer neuen Phase des Imperialismus zu sprechen. Während jeder vorhergehende Krieg schlecht und recht mit der Herstellung eines gewissen Gleichgewichts der politischen Kräfte der europäischen Staaten geendet hat, hat dieser Krieg — das ist gerade sein Charakteristikum, seine fortdauernde Gefahr — nicht mit der Wiederherstellung eines Gleichgewichts, sondern mit einem ungeheuren ökonomischen, aber auch mit einem latenten militärischen Uebergewicht der Vereinigten Staaten geendet, andererseits hat er in Europa neben industriellen, neben militärischen Machtzentren eine Machtdepression über Mitteleuropa geschaffen, eine Störung des Gleichgewichts, die verhängnisvoll werden kann, wenn es nicht der Arbeit der Demokratie und des Sozialismus gelingt, diese Störung wieder zu beseitigen, nicht im kapitalistischen, sondern im sozialistischen Sinne. Betrachten wir die deutsche Situation, so sehen wir hier einen gefährlichen Widerspruch. Deutschland ist nach dem Krieg ein industrielles, ein

ökonomisches Energiezentrum ersten Ranges geblieben, es ist aber militärisch und außenpolitisch ohnmächtig. Dieser Widerspruch hat wieder zweierlei Folgen. Auf ökonomischem Gebiet zwingt die militärische Machtlosigkeit unsere Kapitalistenklasse, zu versuchen, jenes Ziel einer imperialistischen Politik, Monopolisierung von Absatzmärkten, Konzentration der Wirtschaft nicht durch militärische Entscheidungen zu erreichen, sondern durch Kartell- und Trustbildung auf internationalem Maßstab. Ich erinnere nur an die Verhandlungen, die immer wieder gerade unsere Schwerindustrie mit der französischen und belgischen Schwerindustrie führt, um zu einer solchen Monopolisierung des europäischen Absatzmarktes auf einem der wichtigsten Gebiete der Rohstoffversorgung zu gelangen. Politisch aber bedeutet die einseitige Abrüstung, die machtpolitische Depression hier, die machtpolitische Steigerung dort wieder eine Gefahr für den europäischen Frieden.

Diese Dinge gilt es zu analysieren, danach unsere Politik einzurichten. Die Analyse wird zeigen, daß wir nicht allein, aber in Verbindung mit allen demokratischen, sozialistischen Kräften der übrigen Welt stark genug sein werden, um diesen sehr starken imperialistischen Tendenzen unsere Gegentendenz entgegenzustellen und sie allmählich so erstarken zu lassen, daß unsere Friedenspolitik nicht mehr Utopie ist, nicht mehr auf den endgültigen Sieg des Sozialismus verschoben werden muß, sondern Bestandteil unserer Außenpolitik ist und so ernst und aussichtsreich wie unsere übrigen Kämpfe, so daß also unsere Friedenspolitik eine durchaus reale Politik sein kann. Diese Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu sehen, ihnen von vornherein jede Aussicht abzusprechen, wäre ein schwerer Fehler unseres Programms, wollte unser Programm dies versuchen. Gerade in diesen Dingen ist unser Programm durchaus auf der Höhe der Aufgaben, die der internationale Sozialismus zu erfüllen hat.

Ich gebe im übrigen ohne weiteres zu, daß eine ganze Anzahl der gemachten Anregungen beachtenswert sind und hoffe, daß sie auf nächsten Parteitagen ihre Berücksichtigung finden werden, für heute aber bitte ich Sie, möglichst einmütig unser Programm anzunehmen und damit unter die bisherige Entwicklung ein gewisses Resümee zu setzen, es vor allen Dingen aber anzunehmen, damit wir wieder hinausgehen können, agitieren, unserer Jugend sagen, was Sozialismus ist, wofür sie kämpft und kämpfen muß, wenn diese neue Generation würdig sein will der Arbeit, Mühen und Leiden, die die vergangenen Arbeitergenerationen auf sich genommen haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Antrag der Frauen, statt „Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit" unter „Sozialpolitik zu setzen „gleiches Erwerbsrecht der Frauen", wird angenommen.

Der Parteitag beschließt, über den Antrag, die öffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung zu streichen, abzustimmen und nimmt hierauf den Antrag an.

Darauf stimmt der Parteitag unter Ablehnung aller übrigen Anträge dem vorgelegten Programmentwurf gegen ganz wenige Stimmen zu und überweist die Anträge zum Agrarprogramm der Agrarkommission. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels**: Dem Bureau ist folgende Erklärung übermittelt, die zu Protokoll geht:

Die unterzeichneten Mitglieder der Beschwerdekommission geben zum Fall Bauer folgende Erklärung ab:

„Die Beurteilung der Angelegenheit ist an Hand der eingehenden, das gesamte Material darlegenden Begründung des Schiedsgerichts, das zu einem Freispruch kam, behandelt worden. Ein Grund, Bauer zu diesen von ihm selbst anerkannten Feststellungen zu hören, lag nicht vor, ebensowenig wie

dies in den anderen Beschwerdefällen ohne Beanstandung des Parteitages geschah. Die Kommission verwahrt sich gegen die Art der Behandlung dieser Angelegenheit und legt ihr Mandat hiermit in die Hand des Parteitages zurück.

gez. Buchwitz, Kaisen, Dr. Kieß, Asch, Puchta, Henßler, Schmitt."

Dann hat die Sachsenkommission eine Erklärung übermittelt, in der sie zu den Ausführungen Marums Stellung nimmt und darlegt, daß sie von der Erklärung vorher keine Mitteilung geben konnte, da sie durch meine Aufforderung, ins Plenum zu kommen, weil die Sachsenfrage zur Behandlung komme, in der Aufklärung über diese Frage unterbrochen worden sei. Damit ist die Sache erledigt.

Die Kontrollkommission hat sich konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Genossen Brühne, zum Vertreter den Genossen Wilhelm Bock und zum Schriftführer den Genossen Hengsbach gewählt.

Damit sind wir am Schluß der Arbeit des Parteitages angelangt.

Namens des ganzen Parteitages danke ich unseren badischen und insbesondere unsern Heidelberger Genossen für ihre Unterstützung unserer Arbeit und die unvergeßlichen Tage hier in Heidelberg, insbesondere die uns vermittelten Schönheiten des Ausflugs mit Schloßbeleuchtung (Bravo!)

Wir hoffen, daß unsere Tagung den Auftakt für die Landtagswahlen in Baden bildet und zu einem Erfolg für die Sozialdemokratie führt. (Bravo!)

Die Partei hat sich in imponierender Geschlossenheit zur Mitarbeit am republikanischen Staat bekannt unter immerwährender Betonung, daß dieser von unserer Hand geschaffene Staat ein wahrer Volksstaat werden soll. (Bravo!) Wir arbeiten, atmen und wirken in der deutschen Republik und sind willens, diese unsere Republik nicht nur zu schützen und zu stützen, sondern zu einer Heimstatt für alle diejenigen auszubauen, die mühselig und beladen sind und sich nach einer Heimat sehnen, in der sie sich wohl fühlen. Die Demokratie ist unser Weg, der Sozialismus unser Ziel! (Bravo!) Wer wir sind und was wir wollen, haben wir soeben in dem neuen Programm zusammengefaßt, das sich an alle wendet, die sich aus der kapitalistischen Zwangswirtschaft in ein Land hinaussehnen, das keine Knechtschaft kennt, das allen seinen Kindern Frieden und ein erträgliches Dasein sichert, die Erzeugnisse gemeinsamer Arbeit zu gemeinsamem Wohlergehen verwendet und die Segnungen der Kultur nicht nur einer auserwählten Klasse zuteil werden läßt, sondern zum Gemeingut aller macht, die durch ihre Arbeit diese Kultur schaffen helfen. (Bravo!)

Wir haben uns in der Stellungnahme zu den Problemen der europäischen Politik aufs neue zu allem bekannt, was den Haß abzubauen geeignet ist, der die Völker untereinander entzweit, um die Völker zu gemeinsamer Arbeit und dem Wirken des Friedens zu verbinden. Wir wissen, daß dieser Weg hart und steinig ist, aber wir sind gewohnt, gegen Hindernisse aller Art mit der Hingabe anzukämpfen, die das große Ziel erfordert.

In der Stellung zur inneren Politik aber hat der Parteitag eine außerordentliche, eine erfreuliche Einmütigkeit gezeigt, wie wir sie sonst selten auf Parteitagen konstatieren können. (Bravo!) Der Anschlag der Reaktion auf die Entwicklung des Schulwesens findet die Partei in geschlossener Abwehrfront. Der Kampf um die Schule ist der Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes. (Sehr richtig!)

Der Klassenkampf ist eine historische Notwendigkeit und innerhalb einer Wirtschaftsentwicklung von ungeheurem Ausmaß eine sittliche Pflicht. Deshalb fordern wir alle auf, mit uns am Neubau einer von den Schlacken kapitalistischer Willkür befreiten Gesellschaft zu schaffen. Das gilt für alle, die noch fernstehen und von der Sehnsucht nach einer besseren Weltordnung erfüllt sind. Es gilt vor allen Dingen auch unsern eigenen Parteigenossen. (Sehr gut!) Wir haben